

INTE

Wöchentliches Be



Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Nr. 136

Washington, der Krieg am Golf wird die USA bis Ende März 40 Milliarden Dollar kosten. Hinzu

VORWORT

Während der Landkrieg gegen die irakische Bevölkerung hat, scheint die "Antikriegsbewegung" immer noch auf der Stelle zu treten. Die Volkssport-Berichterstattung fällt diese Woche genauso mager aus wie die anderen Beiträge, die uns zum Thema "Kampf dem Krieg am Golf" erreicht haben. Erwähnenswerte Ausnahme ist der Aufruf zur Kundgebung vor dem türkischen Konsulat am Samstag. Andere Aktionen (siehe Ordner) werden immer stärker durch mittelständische Protestformen bestimmt: Mahnwachen werden zum Mahnschweigen; die selbstreduzierten Telefongebühren sollen in Zeiten der "Neuen Weltordnung" zurückgezahlt werden. Nicht anders steht es um den Bankenboykott (wobei wir sowieso nicht wissen, welches Geld wir abheben sollten), und die "O(ranienstr.) sagt No"- Initiative sieht einen Hauptbezugspunkt in den Gewerbetreibenden. Wenn uns nichts besseres einfällt stehen wir bald neben dem PLUS-Filialleiter in einer Kette.

Inhaltlich nicht unumstritten waren bei uns die beiden Texte der ägyptischen Feministin Nawal el Saadawi, die aus der EMMA geklaut sind (auch diese Tatsache war heftigst umstritten). Wir halten sie trotzdem für wichtig, da sie einen Einstieg in die Diskussion liefern könnten, der wir im Zusammenhang mit dem Golf - Konflikt bislang tunlichst aus dem Weg gegangen sind: die Stellung und das Widerstandsverhalten von Frauen in den islamischen Ländern. Wir sehen die Texte auch als kleinen Beitrag zum internationalen Frauentag.

Egin- ÜbersetzerInnen: Da wir eure Übersetzungen gut finden und weiterhin veröffentlichen wollen, müßt ihr mal eure Typen reinigen oder euch eine neue Schreibmaschine organisieren. Die Texte sind z.Z. kaum noch als Druckvorlagen zu gebrauchen.

Titelbild: Flüchtlinge, die aus dem irakischen Teil Kurdistans in die nordkurdische Stadt Mardin geflohen sind.

im Ordner: O sagt No
Bankenboykott
Aufruf zum Boykott der Telefonrechnung
zur demo am 17. 1.: Klassenkampf statt Völkermord
Artikel aus "El Pais"
Bericht vom Sonntagsspaziergang in Friedrichshain (17. 2.)



順路
THIS WAY

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenastr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

KAMPF DEM KRIEG AM GOLF !

Mit millionenfachem Tod und Flüchtlingselend soll die Bevölkerung des Nahen und Mittleren Ostens die „Neue Weltordnung“ bezahlen. Das Massenmorden am Golf hat mit dem Bodenkrieg eine neue Eskalationsstufe erreicht: die US-geführten Streitkräfte setzen, ungeachtet des bedingungslosen arabischen Rückzugs- und Friedensangebotes, auf den blutigen Endsieg. Vorerst noch aus der Luft geht der Krieg auch von der Türkei aus weiter, die als Nato-Brückenkopf zur Golfregion die nördliche Interventionsbasis der US-Bomber bildet. Unterdessen versuchen die Herrschenden in der Türkei die Kriegssituation zu nutzen, um die Repression der türkischen Armutsbevölkerung und den Vernichtungskrieg gegen die KurdInnen zu verschärfen. Die soziale Unterdrückung und die Vertreibungs- und Völkermordpolitik gegen die KurdInnen werden auch nach dem Golfkrieg fortgesetzt werden.

Kriegstreiber Türkei

Nach dem Krieg wird die Türkei größer und stärker dastehen“ verkündet Staatspräsident Özal. Im Fall der Zerschlagung und Neuaufteilung des Irak zielen türkische Expansionsinteressen auf die ölreichen Gebiete um Mosul und Kirkuk im kurdischen Nordwesten des Irak. Daneben soll die Türkei als regionale Ordnungsmacht Syrien und den Iran von Grenzkorrekturen abhalten und die Errichtung eines autonomen Kurdenstaates mit möglichem Gebietsanspruch auf türkisch Kurdistan verhindern. Gleichzeitig erdreistet sich Özal, die Türkei „die einzige Demokratie, das einzige Land mit einem freien Markt“ für die Nahost-Region als Modell anzupreisen. Tatsache ist dagegen, daß die Regierungspartei (ANAP), seit dem Militärputsch 1980 die letzte noch existierende Retortenpartei der Armee, laut Wählerumfragen bestenfalls mit 15 % der Stimmen rechnen könnte. Sie verfolgt mit Übereifer eine vom IWF (Internationaler Währungsfonds) diktierte Schuldenpolitik, die den größten Teil der Bevölkerung in die Verelendung getrieben hat.

In den 80er Jahren mußten die ArbeiterInnen eine glatte Halbierung des Realeinkommens hinnehmen, der Mindestlohn beträgt 144 DM bei einer Inflationsrate von mehr als 60 %. Seit Beginn der Golfkrise werden außerdem die Handels- Öl und Tourismusausfälle und vor allem die enormen Ausgaben für Kriegsaufmarsch und Rüstung per Steuererhöhung auf die Bevölkerung abgewälzt. Der „Wiederaufbau“ im Nahen Osten, auf den die türkische Bauindustrie schon jetzt spekuliert, wird die ausbeuterische Umverteilung der Einkommen zugunsten einer kleinen herrschenden Oberschicht nicht aufhalten.

Der Golfkrieg dient der Regierung nicht nur dazu, bei der Bekämpfung der breiten Anti-Kriegsbewegung unter dem Vorzeichen nationaler Sicherheit verstärkt Maßnahmen wie Versammlungsverbote, Pressezensur und hohe Haftstrafen für oppositionelle Meinungsäußerungen zu erlassen. Auch der kurdische Volksaufstand und die sich verschärfenden sozialen Kämpfe werden im Zuge des nicht erklärten Ausnahmezustandes noch repressiver niedergehalten als bisher. Zur Knebelung der Gewerkschaften seit dem Putsch kommt für die ArbeiterInnen seit kurzem ein totales Streikverbot hinzu. Zehntausende Soldaten und Polizisten wurden aufgeboten, um den Marsch der hungernden Bergarbeiter auf die Hauptstadt aufzuhalten. Zusammen mit politisierten ArbeiterInnen anderer Erwerbszweige kämpfen sie nicht nur für höhere Löhne, sondern auch für das Ende der aufwendigen Kriegstreiberei und den Sturz der Regierung. Es ist daher nicht Ausdruck von Friedfertigkeit sondern klares Herrschaftskalkül, wenn führende Militärs jetzt Regierungspläne kritisieren, mit eigenen Verbänden in den Golfkrieg einzusteigen.

Zur Arbeitsteilung zwischen Putschgenerälen (jetzt Nationaler Sicherheitsrat) und ANAP gehört, daß Özal für die schnelle Umstrukturierung der Wirtschaft zuständig ist, während das Militär die dafür notwendige Friedhofsruhe durchsetzt. Große Teile der Soldaten sind in türkisch Kurdistan und der Türkei selbst in den Repressionsapparat eingebunden, während der soziale Kampf sich weiter polarisiert. Die Militärs sehen die ohnehin kaum noch zu garantierende Ruhe im Land durch eine aktive militärische Beteiligung am Golfkrieg zusätzlich gefährdet.

Vernichtungskrieg gegen die KurdInnen

Für die KurdInnen hat der Krieg nicht erst am 17. Januar begonnen. Sie sind seit Jahren einem systematischen Vernichtungskrieg ausgesetzt — nicht allein im Irak und Iran, sondern auch im NATO-Land Türkei. Für die Herrschenden in der Türkei spielen dabei neben nationalstaatlichen Interessen zunehmend eigene und internationale Kapitalinteressen eine Rolle. Auf kurdischem Gebiet wird ein gigantisches Staudamm- und Entwicklungsprojekt (GAP) durchgezogen, bei dem die Flüsse Tigris und Euphrat, die Lebensadern des Mittleren Ostens, zu riesi-

gen Seen gestaut werden. Dabei geht es nicht zuletzt um die Möglichkeit, die südlichen Nachbarn Syrien und Irak durch die Kontrolle ihrer wichtigsten Wasserzufuhr jederzeit erpressen zu können. Das haben die türkischen Behörden jüngst mit ihrer Anordnung unterstrichen, den Wasserfluß „vorübergehend“ um 40 % zu drosseln.

Das GAP-Projekt und damit der Einsatz der „Wasserwaffe“ wären jedoch ohne die Zerschlagung kurdischer Existenz gefährdet. Wurden schon durch den Bau der Staudämme zahllose kurdische Bauern vertrieben, so hat

die Terror-Politik des türkischen Regimes noch brutalere Formen angenommen, seitdem der kurdische Widerstand sich zum bewaffneten Kampf und Volksaufstand verschärft hat. 500.000 Soldaten halten den türkischen Teil Kurdistans besetzt. In der Grenzregion zum Irak sind ganze Landstriche von der türkischen Armee und von den Todesschwadronen der Sondereinsatzkommandos (Rambos) entvölkert worden. Hunderte von Dörfern wurden vernichtet, Wälder, Felder und Bienenstöcke (oft die einzige Lebensgrundlage) mit Flammenwerfern verbrannt, eine halbe Million KurdInnen in die Armutsviertel weiter westlich gelegener Städte getrieben. Auch dort gibt es aber kaum eine Überlebenschance, seitdem das UNO-Embargo gegen den Irak das Wirtschaftsleben in Südostanatolien lahmgelegt hat.

Mit Beginn des Golfkrieges hat die Angst vor Bomben und Giftgas die Flüchtlinge noch weiter nach Westen ge-

trieben. Einen Schutz aber gibt es für sie nicht: Die 200.000 von der BRD gelieferten Schutzanzüge gegen die (dank deutscher Technologie mögliche) chemische und atomare Verseuchung sind nicht für sie, sondern für die türkische Armee bestimmt. Und während die US-Bomber von den Luftstützpunkten in türkisch Kurdistan kurdische Dörfer und Städte im Nord-Irak mit Vernichtung überziehen, werfen türkische Kampfflugzeuge Bomben auf kurdische Dörfer in der Türkei ab.

Wie Hohn darauf wirkt der jüngste Erlass der Özal-Regierung, mit der das Verbot, kurdisch im Privaten zu sprechen, aufgehoben wird (das Verbot des Kurdischen als Amtssprache, von kurdisch-sprachigen Schulen, Radios, Zeitungen und Fernsehprogrammen bleibt dagegen erhalten). Die vermeintlich humane Geste verschleierte letztlich nur die Absicht, im Windschatten des Golfkrieges die KurdInnen endgültig zu vernichten.

Völkermordfiliale BRD

Die Herrschenden hier und in der Türkei haben schon immer gut zusammengearbeitet. Innerhalb der NATO ist die BRD neben den USA der wichtigste Verbündete der Türkei. Vor allem seit dem Militärputsch von 1980 hat die BRD mit Finanzhilfe und massivem Rüstungsexport entscheidend dazu beigetragen, die Türkei sowohl als NATO-Vorposten gegen die Sowjetunion als auch zur Basis für mögliche Nah- und Mittelostinterventionen auszubauen. Jetzt liefert die BRD den türkischen Militärs für den Golfkrieg Rüstungsgüter im Wert von 1.5 Mrd. DM: kostenlose „Materialhilfe“ aus den Beständen der ehemaligen NVA und aus der „Abrüstungsmasse“ der Bundeswehr. Deutsche Waffen und deutsches Geld sind damit auch bei der Perfektionierung des inneren Repressionsapparates in der Türkei beteiligt.

Auch im türkischen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung ist die BRD längst Partei: Zur Bekämpfung des kurdischen Volksaufstandes werden ausrangierte Bundeswehrwaffen eingesetzt, die Mordbanden der türkischen Sondereinsatzkommandos wurden von der GSG 9 ausgebildet und Bundeswehrverbände nehmen regelmäßig an NATO-Mannövern in türkisch Kurdistan teil. Die scheinbar so spektakuläre Verlegung von 18 Alpha-Jets

in die Türkei als Teil der mobilen Eingreiftruppe der Nato (AMF) und von weiteren Truppenverbänden ist insofern nicht nur Vorbereitung für einen neuen Krieg gewesen sondern auch Fortsetzung eines alten.

Es geht aber nicht nur um die neu-alte Waffenbrüderschaft zwischen türkischen und deutschen Militärs. Der Krieg gegen die KurdInnen wie generell gegen alle AusländerInnen und Flüchtlinge wird auch hier in der BRD selbst geführt: Mit der Neufassung des rassistischen AusländerInnengesetzes, das auch in Berlin nun als Handhabe für Vorladungen, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Maulkorberlasse für die hier lebenden AraberInnen dient, mit der fortgesetzten und verschärften Abschiebepaxis (die in Bayern gerade eine kurdische Familie getroffen hat, die in die Kriegsregion zurückgeschickt wurde) mit den sogenannten „Terroristenprozessen“ gegen Mitglieder der kurdischen Guerilla (PKK) in Düsseldorf und mit dem alltäglichen mediengeforderten Rassismus. Der Vernichtungskrieg am Golf, die Repressionspolitik der Herrschenden in der Türkei, die Zerschlagung kurdischer Existenz und die Verfolgung kurdischer und anderer Flüchtlinge in der BRD gehören zusammen. Deswegen darf auch der Widerstand dagegen kein isolierter sein.

**Stoppt das Massenmorden am Golf!
Abzug der Bundeswehr aus der Türkei und Kurdistan!
Keine Kriegsfinanzierung durch die BRD!**

**Solidarität mit den Streikenden in der Türkei!
Unterstützt den Befreiungskampf der KurdInnen!**

**Keine Diskriminierung und Kriminalisierung von AusländerInnen!
Verhindert Abschiebungen!**

Kundgebung vor dem türkischen Konsulat mit anschließender Demonstration

Samstag, 2.3.1991 10.00 Uhr Joachim-Friedrichstraße / Ecke Kurfürstendamm

KAMPF DEM KRIEG AM GOLF

Kundgebung und Demonstration

Sa. 2.3.91

10.00 Uhr

Vor dem Türkischen Konsulat

(Verb.: U-Bhf. Adenauerplatz/Ku.-damm Ecke Joachim-Friedrichstr.)

**Gegen den reaktionären, konterrevolutionären, imperialistischen Krieg am Golf!
Gegen die reaktionäre Kriegspolitik des faschistischen türkischen Staates!**

Die Imperialisten und die Reaktionäre verwandeln den Nahen Osten in einen Blutbad. Hunderttausende von unschuldigen Menschen werden in diesem ungerechten Krieg ermordet, verwundet bzw. verkrüppelt. Es geht in diesem Krieg nicht um das internationale Recht oder um die Befreiung eines besetzten Landes oder dergleichen. Es geht hauptsächlich um Öl, um Profit, und um die Kontrolle in dieser Region.

Es gibt keine zu unterstützende Seite in diesem Krieg: weder das faschistische irakische Regime, noch die Alliierten unter der Führung des US-Imperialismus. Unsere Solidarität gilt den ArbeiterInnen, Werktätigen und den unterdrückten Völkern, gegen die dieser Krieg gerichtet ist.

Der faschistische türkische Staat, der seit Beginn des Golfkonfliktes die alliierten Kräfte durch seine aktive Kriegspolitik unterstützt hat, eine enge Zusammenarbeit insbesondere mit dem deutschen Militarismus und Imperialismus betrieben hat und inzwischen bis an die Zähne militärisch ausgerüstet ist, wartet nunmehr die beste Gelegenheit ab, um den seit langem geplanten und vorbereiteten Einmarsch und die Besetzung Süd-Kurdistans durchzuführen.

Schon jetzt werden aus Gründen des "Kriegszustandes" und der "Nationalen Sicherheit"

- die Streiks der ArbeiterInnen aufgeschoben bzw. verboten
- die Versammlungen und Veranstaltungen jeder Art verboten
- die Repressalien gegen die revolutionäre und demokratische Presse verschärft
- die Unterdrückung der werktätigen Frauen erhöht
- kurz: ein nicht angekündigter Ausnahmezustand durchgeführt

In Bezug auf Kurdistan bezweckt der faschistische türkische Staat

- den immer mehr anwachsenden nationalen Widerstand des kurdischen Volkes vollkommen zu unterdrücken und auszulöschen
- die mögliche Gründung eines kurdischen Staates in Süd-Kurdistan zu verhindern
- unter anderem durch die Einverleibung von Mossul und Kirkuk, zu einer Großmacht im Nahen Osten zu werden

Um gegen dies alles zu protestieren, rufen wir euch alle auf, aktiv an dieser Kundgebung und Demonstration teilzunehmen!

NIEDER MIT DEM REAKTIONÄREN KONTERREVOLUTIONÄREN KRIEG!

NIEDER MIT DEM FASCHISTISCHEN TÜRKISCHEN STAAT!

NIEDER MIT DEM DEUTSCHEN IMPERIALISMUS!

GEGEN DIE KRIMINALISIERUNG AUSLÄNDISCHER MENSCHEN IN DER BRD!

ES LEBE DAS LOSTRENNUNGSRECHT DER KURDISCHEN NATION UND VOLLE

GLEICHBERECHTIGUNG FÜR ALLE NATIONALITÄTEN IN TÜRKEI/NORD-KURDISTAN!

FÜR EIN FREIES UND UNABHÄNGIGES PALÄSTINA!

FÜR SOZIALE REVOLUTION!

SOZIALISMUS ODER BARBAREI!!

AufruferInnen: Internationalistische Vorbereitungsgruppe

Russen nach Ende des Golfkriegs an der Macht zu lassen. Die einzige Alternative dazu sei Ana

IMPERIALISMUS...

Der staatliche Rassismus in Deutschland ist vielschichtig und hat, wie wir gehört haben, eine lange Tradition. sein Hauptangriffsziel sind heute sowohl auf dem Gebiet der ehemaligen BRD wie auf dem der DDR die Flüchtlinge und Arbeitsimmigranten aus den Ländern der 3 Kontinente Afrika, Asien und Lateinamerika. Deshalb ist es notwendig, die Gründe, die zur Flucht führen, genauer zu betrachten. Nach Informationen der UNO und von Flüchtlingsorganisationen gibt es heutzutage 15-20 Mill. Flüchtlinge mit einer hohen Dunkelziffer. Nach einer Information der IPPNW (Ärzte für die Verhinderung des Atomkrieges) ist bis zur Jahrtausendwende, also in den folgenden 10 Jahren, mit einem Anwachsen der Flüchtlingszahlen bis zu mehreren 100 Mill. Flüchtlingen zu rechnen (FR, Mitte Sept.90). Eine, sagen wir, Verzehnfachung der Zahl derjenigen, die aus den verschiedensten Gründen ihre ursprünglichen sozialen und ökonomischen Strukturen verlassen, um in anderen Regionen ihres Kontinents oder der Welt einem ungewissen Schicksal ausgeliefert zu sein. Gerade die derzeitige Situation am Golf mit mittlerweile bereits 1 Mill. Flüchtlingen gibt uns einen Vorgeschmack davon, womit in den nächsten Jahren zu rechnen ist.

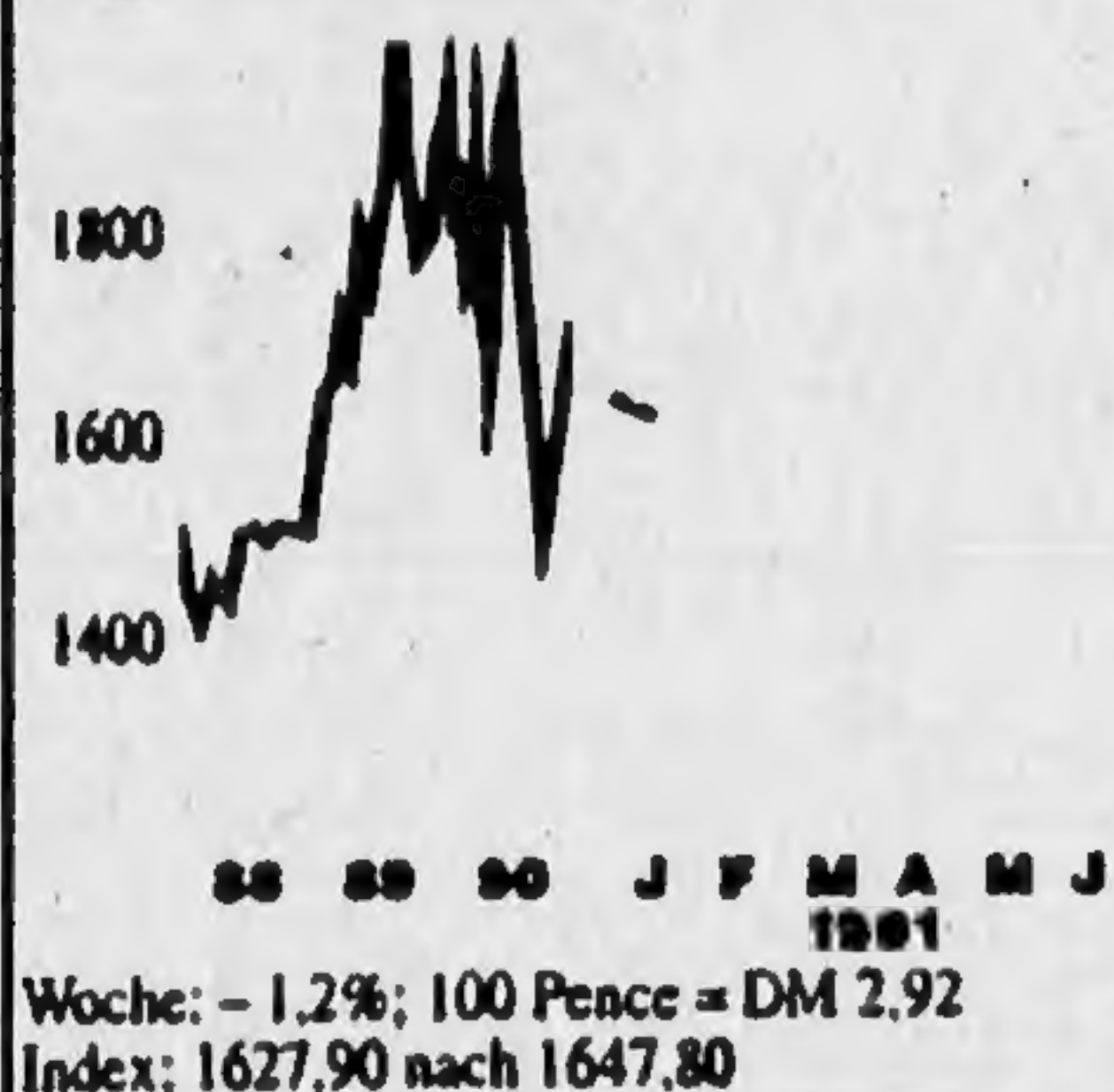


Wir bekommen also nur die Spitze eines Eisberges zu sehen, den wir als weltweite Mobilisierung von Menschen, von Arbeitskräften bezeichnen können. Für die meisten Flüchtlinge endet die Flucht direkt hinter der Grenze ihres Landes in einem Flüchtlingslager. Deshalb sind Länder wie der Sudan, Somalia, Thailand oder Honduras Hauptbetroffene der Weltflüchtlingsbewegung - Länder, die selbst Flüchtlinge "produzieren". Das Leben in diesen Flüchtlingslagern ist ständiger Repression ausgesetzt, von Almosen abhängig und absolut hoffnungslos. Wer sind nun diejenigen, die zur Flucht gezwungen sind? Als Hauptbetroffene dieser Fluchtbewegung sind Frauen anzusehen, sie machen weltweit etwa 75% der Flüchtlinge aus. Über die Anzahl derjenigen Frauen, die

...UND...

zu der Minderheit gehören, welche bis in ein Industrieland flüchten kann, gibt es unterschiedliche Angaben, auf jeden Fall sind es unter 20%. Die Gründe dafür liegen in der gesellschaftlichen Stellung der Frau und in den patriarchalen Strukturen ihrer Heimatländer, weshalb ihnen oftmals das nötige Selbstvertrauen, vor allem aber die wirtschaftlichen Möglichkeiten für eine Flucht nach Europa etwa fehlen. Männer haben grundsätzlich Vorrecht. Gelingt es Frauen trotzdem, die Metropolen zu erreichen, so sind sie hier mit Gesetzen konfrontiert, die geschlechtsspezifische Verfolgung und sexuelle Unterdrückung als Fluchtgründe nicht anerkennen und die Frauen in Asylverfahren als Annähernde der Männer behandeln.

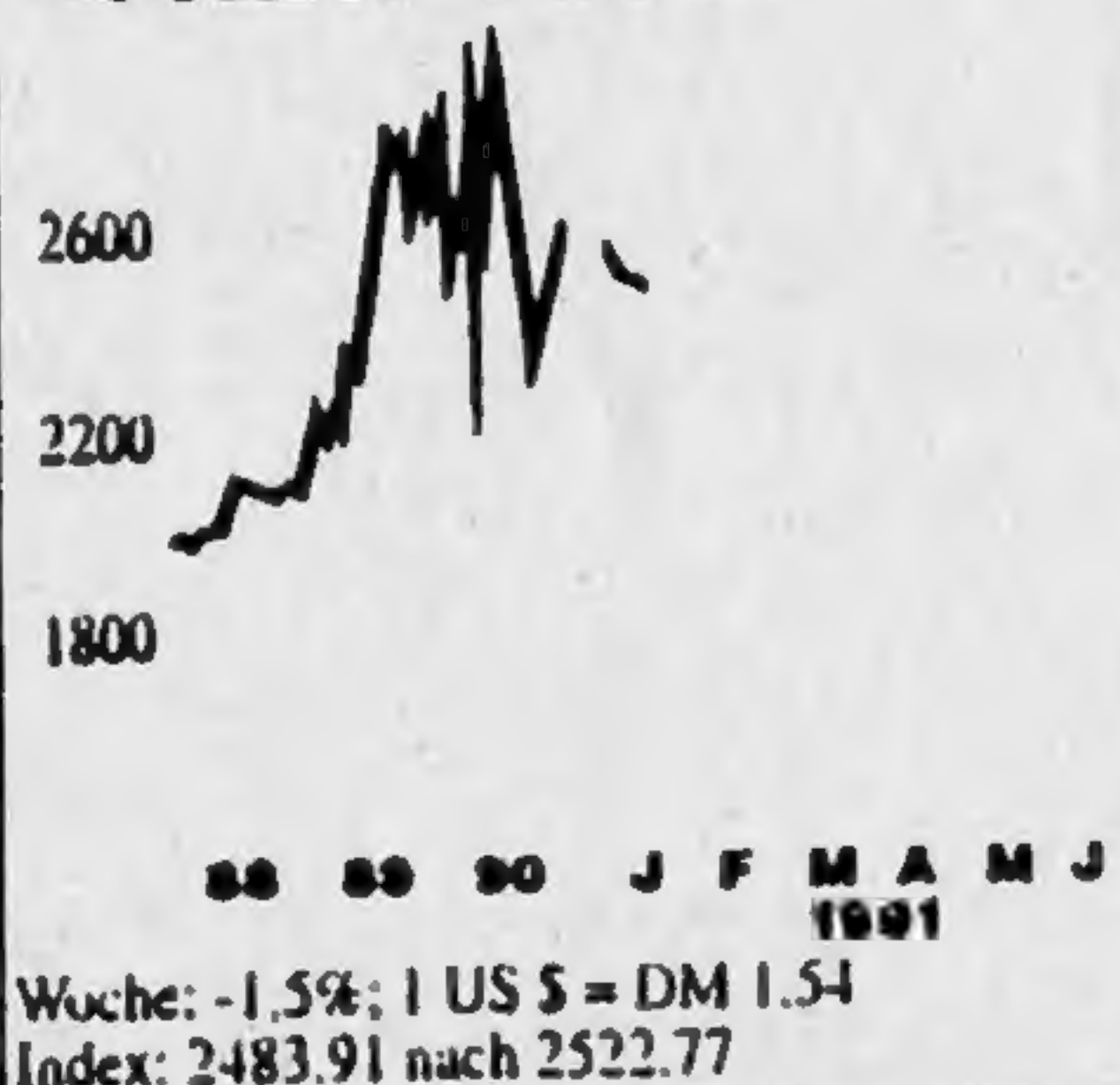
▲ LONDON



Selbst diese Zahlen machen jedoch nur einen Teil des Problems sichtbar. Hierbei werden etwa nicht die Migranten und Migrantinnen mitgezählt, die innerhalb ihres Landes flüchten - überwiegend vertriebene Landbevölkerung, die in die Slums der Großstädte abwandert. Sie machen mittlerweile ca. 2/3 der städtischen Bevölkerung in den 3 Kontinenten aus, insgesamt sind es etwa 500 Mill., d.h. ca. 1/14 der Erdbevölkerung. Darüberhinaus wird die offizielle Arbeitsmigration nicht als Flucht gewertet, auch wenn sie zum Teil aus ähnlichen Gründen erfolgt. Sie soll nochmals etwa 25 Mill. Menschen umfassen.

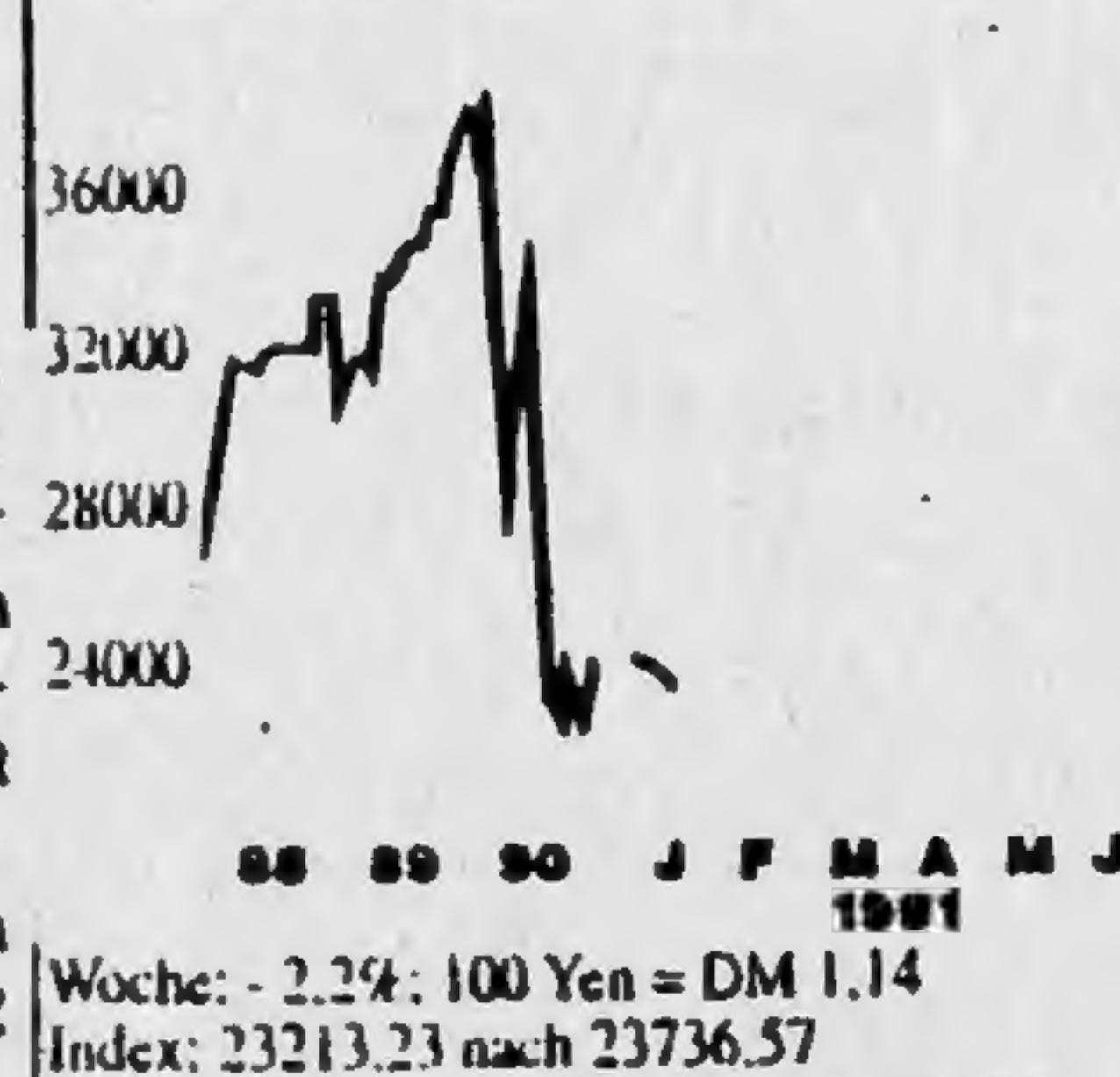
Nach offiziellen Statistiken schaffen es gerade 5% der Flüchtlinge weltweit, in ein westliches Industrieland zu gelangen und hier möglicherweise Asyl zu beantragen.

▲ NEW YORK



Als Kontinent muß vor allem Afrika genannt werden. Dort leben 1/3 aller Flüchtlinge, die es auf der Welt gibt. Dort finden wir auch das größte Elend: Jeder dritte AfrikanerIn ist unterernährt, jeder siebte ist vom Hungertod bedroht. Und dort sterben auch die meisten der täglich 40.000 Kinder, alle 2 Sekunden eines.

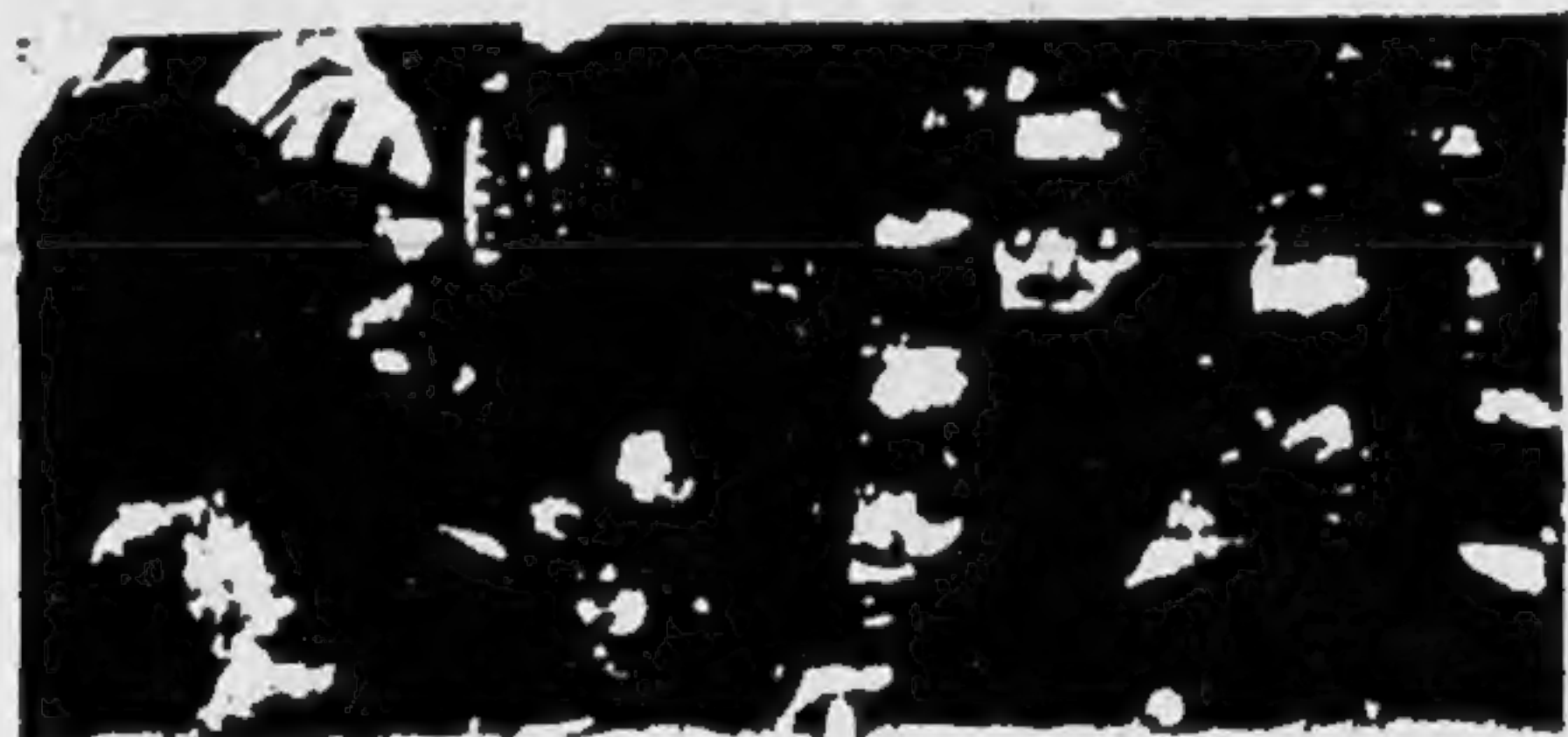
▲ TOKIO



archie. "Ich denke, in den Staaten der Allianz setzt sich mehr und mehr die Erkenntnis durch, daß

Wie kann es nun zu solch einer Situation, zu Fluchtbewegungen dieser Dimension kommen? Wir denken, um einen Ausspruch Max Horkheimers neu zu fassen, daß wer über Fluchtbewegungen redet, über Imperialismus nicht schweigen darf. Natürlich hat es auch schon vor dem Auftreten von Kapitalismus und Imperialismus Völkerwanderungen und Flüchtlinge gegeben. Ohne einer schematischen und einseitigen Denkweise das Wort zu geben muß dennoch festgestellt werden, daß die Ausformungen des Imperialismus heute die entscheidende Kategorie für die Erklärung von Fluchtbewegungen darstellt.

Imperialismus, das heißt für uns jenseits irgendwelcher akademischer Definitionen die Sicherung bestimmter Einfluß-, d.h. Herrschafts- und Ausbeutungsbereiche durch direkte, d.h. militärische, oder indirekte, d.h. ökonomisch-kulturelle Gewaltmittel. Für erstere steht etwa die lange Liste US-amerikanischer Interventionen wie in Viet-



nam, Grenada und Panama, aber auch die SU mit ihrer Politik in Afghanistan. Auch die derzeitige konzentrierte Aktion am Golf ist dazu zu rechnen.

Für letztere, die im modernen Imperialismus eine immer größere Rolle spielt, steht vor allem die Politik, die über die internationalen Organisationen "Internationaler Währungsfond" (IMF) und die Weltbank einen Großteil der Länder der 3 Kontinente Asien, Afrika, Lateinamerika in Schuldknechtschaft und unvorstellbares Elend stürzt.

Was hat das nun mit Flüchtlingen zu tun?

Etwas schematisierend kann man sagen, daß seit der Zeit der Spanischen Eroberung Mittel- und Südamerikas ein unglaublicher Transfer von Ressourcen und Naturrohstoffen in die Länder Europas und später auch der anderen kapitalistischen Länder erfolgt. Daß dabei Menschen zu den Ressourcen gezählt werden, ist nur logisch im Sinne des Systems.

Überaus wichtig zur Zerstörung traditioneller Produktionsweisen war in modernerer Zeit das angebliche Entwicklungsprogramm der Weltbank, die sogenannte "Grüne Revolution" in den 60er und 70er Jahren. Das Preisdiktat der mächtigsten Kapitalgruppen, die Orientierung am Anbau exportträchtiger landwirtschaftlicher Produkte, riefen seit den 60er Jahren regelmäßig Landflucht und Hungerkatastrophen hervor.

Während sich der Hunger in der Sahelzone ausbreitete, wuchs in den 70er Jahren z.B. in Mali, einem Land der Sahelzone, der Export von Baumwolle um 400%. Gemüseexporte erreichten Rekordhöhen, ebenso der Export von Rindfleisch. Supermärkte werden mit Bohnen, Melonen, Tomaten, Auberginen, Erdbeeren und Paprika beliefert. In Brasilien, dem zweitgrößten Sojaexportland der Erde, auf dessen Farmen Rindfleisch für den US-Markt produziert wird, sind in den letzten Jahren mehrere Millionen Menschen durch Hunger zu Tode gekommen. Diese Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Sie sind vielen ja auch schon länger bekannt.

Während man aber bisher sagte, daß die Unterdrückung und Ausbeutung der 3 Kontinente, kurz Trikont, in der Zeit des Kolonialismus im letzten und in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts ihren brutalsten Ausdruck fand, so muß diese Meinung nach der Erfahrung der letzten 10 Jahre revidiert werden. Die 80er Jahre waren nicht, wie es oft in linksliberalen Zeitungen und Zeitschriften steht, ein verlorenes Jahrzehnt für den Trikont, sondern ein Jahrzehnt unglaublicher weiterer Verelendung.

So sind nach Aussage des Sozialwissenschaftlers Immanuel Wallerstein die Lebensverhältnisse in Afrika, dem ausgeblutetsten Kontinent, schlechter als vor 500 Jahren.

Was macht nun das neue an der Situation in den 80er Jahren aus?

Es sind die weltweiten Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals. In dieser Krise ist bei weitem nicht die gesamte Weltbevölkerung als Arbeitskraft verwertbar. Deshalb wurde die Waffe des Hungers und die Erpressung der armen Länder mittels Verschuldung gezielt eingesetzt. Bereits Mitte der 70er Jahre betonte US-Senator Humphrey, daß in Zukunft die Kontrolle der USA über bestimmte Nahrungsmittelvorräte wichtiger sei als ihre Atomwaffenvorräte.

... FLÜCHTLINGSBEWEGUNGEN

Die vom Umfang her wichtigsten Beispiele sind die Deportationen von Afrikanerinnen und Chinesinnen als Sklaven bzw. Kulis nach Nord- und Mittelamerika.

Mindestens ebenso bedeutend für die folgenden Jahrhunderte war aber die dadurch erfolgende Zerstörung der gewachsenen sozialen, ökonomischen und ökologischen Strukturen. Ganze Landstriche wurden zerstört, ganze Stämme ausgerottet.

Ein Eckpfeiler dieser Politik ist in den 80er Jahren die Verschuldung vieler Länder der 3 Kontinente gewesen. Die Situation hat sich, auch wenn im Zuge des nationalistischen Taumels anderes die Zeitungsseiten füllte, weiter dramatisiert. Nach den neuesten Zahlen beträgt die Verschuldung insgesamt ca. 1.2 Bio. Dollar, abgesehen natürlich vom weltweit allergrößten Schuldner, den USA mit knapp 3 Bio. Dollar. Diese Verschuldung macht

es zu Saddam als Herrscher keine Alternative gibt." +++ "Wir haben so viele Gefangene gemacht,

es möglich, direkt in die Sozialpolitik der Trikontländer einzugreifen und beispielsweise die Streichung der Subventionen für Grundnahrungsmittel und die Sanierung der Staatshaushalte auf Kosten der ärmsten Bevölkerungsschichten durchzusetzen.

Hunger und Verschuldung sind Mittel, um Menschen unter extremen Bedingungen in Großstadtslums zu halten und die willigsten Arbeitskräfte gezielt in einem "Meer des Hungers" in sogenannten Weltmarktfabriken ausbeuten zu können - Menschen, die gezwungen sind, zu den niedrigsten Löhnen und unter den schlechtesten Bedingungen zu arbeiten.

Hunger und Verschuldung werden benutzt, um mißliebige Regierungen unter Druck zu setzen, indem soziale und ökonomische Entwicklung verhindert wird, oder indem sie so erpresst werden, daß sie sich den Diktaten der imperialistischen Politik beugen.

Die sandinistische Revolution ist nicht nur wegen der Contra zurückgeworfen worden, sondern hatte schon vorher wegen ihrer monokulturellen Abhängigkeit vom Weltmarkt - sprich Kaffee, ein bißchen Baumwolle und Bananen - viele Reformen zurücknehmen, reduzieren oder aufschieben müssen. Eine eigenständige politische und ökonomische Entwicklung derjenigen Nationalstaaten, die aus antikolonialen und/oder antidiktatorischen Befreiungskämpfen hervorgegangen sind, wird so verhindert.

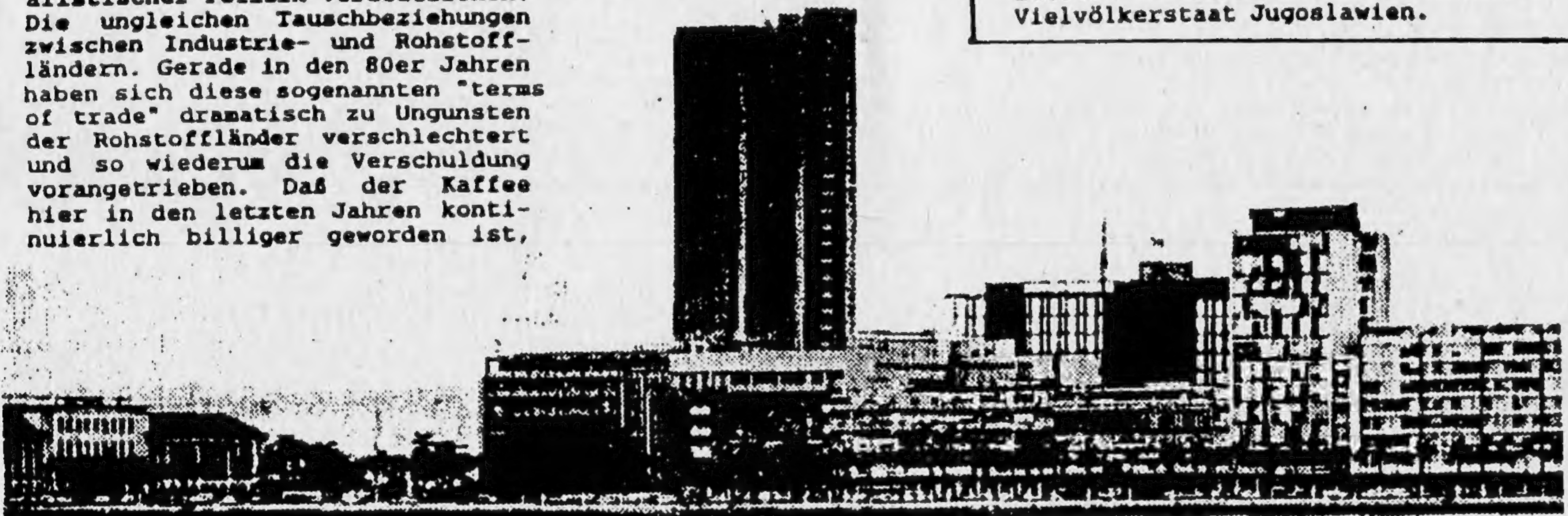
An dem Beispiel Nicaragua und andere vornehmlich Kaffee exportierender Staaten läßt sich auch sehr gut ein weiterer Eckpfeiler imperialistischer Politik verdeutlichen: Die ungleichen Tauschbeziehungen zwischen Industrie- und Rohstoffländern. Gerade in den 80er Jahren haben sich diese sogenannten "terms of trade" dramatisch zu Ungunsten der Rohstoffländer verschlechtert und so wiederum die Verschuldung vorangetrieben. Daß der Kaffee hier in den letzten Jahren kontinuierlich billiger geworden ist,

- In Ghana waren es die Kakaoplantagen aus den Zeiten des Kolonialismus, die Mill. Menschen kein ausreichendes Einkommen sicherten und sie vornehmlich nach Nigeria emigrieren ließen. Nach den Massenausweisungen aus Nigeria, ich meine 1984/85, nach dem Ende des Ölbooms, sahen viele Ghanesen als einzige Möglichkeit die Flucht aus Ghana nach Europa.

- In Kurdistan befindet sich das kurdische Volk in der Zange zwischen der von Deutschland unterstützten türkischen Demokratie und der irakischen Regierung, die vor 2 Jahren in Halabja mit Giftgas, welches mit direkter deutscher Beteiligung hergestellt wurde, ein fürchterliches Massaker an 5000 KurdInnen anrichtete.

- Die Roma und Sinti gehörten schon immer zu den von staatlicher, aber auch gesellschaftlicher Seite am meisten verfolgten Gruppen. Ihr angeblich durchgängig nomadisches Leben, Gruppenbezogenheit und Unangepasstheit waren schon immer suspekt und wurden als Stigma benutzt, um ihre Verfolgung zu rechtfertigen.

- Jugoslawien ist schon seit vielen Jahren ein extrem hoch verschuldetes Land und seit dieser Zeit abhängig von dem Wohlwollen des IWF und der privaten Gläubigerbanken, um ein Minimum an sogenannten Überbrückungskrediten zu erhalten. In dem wirtschaftlichen Elend liegt auch die Ursache für die auf der Erscheinungsebene nationalistischen Exzesse im auseinander brechenden Vielvölkerstaat Jugoslawien.



sei nur als ein alltägliches Beispiel genannt und gilt im Prinzip für fast alle importierten Rohstoffe.

Es ist also beileibe nicht so, wie es uns die bürgerlichen Medien suggerieren, daß das Problem der Flüchtlinge weitgehend verwirrend und ein nahezu ausschließlich in den einzelnen Ländern hausgemachtes Problem ist. Mit welcher Dreistigkeit wird da behauptet, daß

Tamilen, Kurden, Ghanesen oder Jugoslawen tausende von Kilometern zurücklegen und ihre Gemeinschaften verlassen, um hier Sozialhilfe abzuholen oder in Sammelagern mit Gruppenverpflegung zu vergammeln. Die Ursachen liegen woanders:

ich hoffe, daß die Iraker sich nicht massenweise ergeben werden", so ein Mitarbeiter des Penta

P

Wir haben bereits gehört, mit welchen Mitteln die ehemalige BRD und jetzt Großdeutschland versuchen, ihre Grenzen gegen Flüchtlinge abzuschotten. Denn, so wird der Verteidigungsstaatssekretär im vorletzten SPIEGEL zitiert, "der Wandermensch ist die Waffe und Bedrohung der Zukunft". Im Verein mit anderen europäischen Staaten wird im Schengener Abkommen das Asylrecht vereinheitlicht. Mit Visumpflicht und über Vereinbarungen mit Fluggesellschaften werden Migrierende und Asylsuchende aus außereuropäischen Ländern abgeblockt. Die Visumpflicht soll auch den innereuropäischen Migrationsfluß kontrollierbar machen. Innerhalb Großdeutschlands werden die Lebensbedingungen immer unerträglicher und menschenunwürdiger gestaltet. Da aber die Verkürzung

Q

der Bearbeitung der Asylanträge und die Streichung der Sozialhilfe noch nicht den gewünschten Erfolg zeitigen, wird ab Anfang nächsten Jahres das Asylrecht für bestimmte Länder ausgesetzt werden. Es ist kein Wunder, daß gerade von den Ländern, aus den 75% der Flüchtlinge hier kommen, behauptet werden soll, daß in ihnen keine Verfolgung stattfindet. Bemerkenswert ist, daß von Staatsseite natürlich jeder Zusammenhang zwischen der Anhäufung des Reichtums in den Industrienationen einerseits und der Zunahme von Armut, Verelendung und Verfolgung in den Ländern der 3 Kontinente andererseits heftig bestritten



Bullenrazzie in Asylanthenheim

wird, würde dies doch das Eingeständnis von Ausbeutung, extrem ungleichen Austauschbeziehungen usw. bedeuten. Leider ist festzustellen, daß diese staatliche Propaganda auf einen fruchtbaren Boden innerhalb breiter Teile der Bevölkerung stößt. Stattdessen seien unfähige Regierungen, korrupte Verwaltungen, unerklärliche Naturkatastrophen und vieles andere mehr für das wachsende Elend verantwortlich.

Wie sieht nun der längerfristige staatliche "Lösungs"vorschlag aus? Es wird vorgeschlagen, bei den Fluchtgründen anzusetzen und die Situation in den jeweiligen Ländern durch humanitäre und Entwicklungshilfen zu verbessern. Der Meinung, bei den Fluchtgründen anzusetzen, sind wir auch! Aber es hieße doch den Bock zum Gärtner zu machen und nach dem Henker als Arzt zu rufen, wenn man diejenigen, die die Verantwortung für die gegenwärtige und zukünftige Zuspitzung tragen, bitten würde, diese unerträgliche Situation zu verändern. Es ist schlicht absurd. Bei den Fluchtgründen anzusetzen heißt hier anzusetzen, die Verhältnisse und Strukturen in diesem Land zu verändern. Sonst wird sich nichts ändern, nicht hier und nicht in den Armeenländern der Welt.

Es gilt, immer wieder den Zusammenhang zwischen 1. und 3. Welt deutlich zu machen. Es gilt aber ebenso, den strukturell gleichen Zusammenhang zwischen Armut und Unterdrückung einerseits, Reichtum auf der anderen Seite in diesem Land zu verdeutlichen sowie die Ablenkungsfunktion von Rassismus und Sexismus und Nationalismus.

R



S Und schließlich ist es unsere Aufgabe, jede Aufteilung in politische, wirtschaftliche usw. Flüchtlinge als staatliches Kalkül zu entlarven. Jede soziale Krise schlägt irgendwann in eine politische um oder hat politische Ursachen. Alle Flüchtlinge, die vor Hunger und Elend fliehen, um dort hin zu gehen, wohi die Rohstoffe und Produkte ihrer Länder transferiert werden - wie z.B. nach Großdeutschland - verhalten sich - und sei es unbewußt - politisch. Es ist klar, daß die Forderung nach einem Bleiberecht für alle Flüchtlinge im Grunde die staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen hier sprengt. Aber gibt es eine Begründung dafür, warum Frankfurt, Hamburg, Bielefeld nicht das Schicksal von Kalkutta, Rio oder Addis Abeba erleiden sollen? Solange der Reichtum in den imperialistischen Ländern konzentriert wird, ist es unsere Aufgabe, die Grenzen offenzuhalten und die Festung Europa zu sabotieren!

gon. Es stünden Einrichtungen zur Verfügung, um etwa 100.000 Kriegsgefangene unterzubringen. Mög

Den Verstand entschleiern!

Ich als Frau, Ägypterin, Linke und Feministin behaupte, daß der Fundamentalismus nicht nur ein islamisches, sondern ein internationales Problem ist. Und während alle Welt gebannt auf den Islam im Osten starrt, kann sich der westliche Fundamentalismus in aller Ruhe entfalten. Mit Ronald Reagan zogen die Fundamentalisten in die amerikanische Regierung ein und sind auch heute noch tonangebend. In den konservativen Südstaaten sind sie am mächtigsten, finden aber auch immer mehr Zulauf in den gesamten Vereinigten Staaten. Über eigene Fernsehsender verbreiten sie ihr eindeutig politisches Programm und unterstützen die weltweiten imperialistischen Interessen der USA. In Lateinamerika, Asien, Afrika und Europa haben die Fundamentalisten Missionen eingerichtet, die ihre „Glaubensbotschaft“ verbreiten und so die Pläne der USA wirkungsvoll vorantreiben.

In den USA kämpfen die Fundamentalisten massiv für die Wiedereinführung getrennter Schulen, für die Pflicht zum gemeinsamen Gebet in öffentlichen Schulen, für das Verbot der Darwinschen Abstammungslehre und für die Unterordnung der Frau. Und — sie sind die vehementesten und militantesten Abtreibungsgegner der USA.

All das hat Methode, ist Teil eines weltweiten fundamentalistischen, faschistoiden Plans, der auch die arabischen Länder mit einschließt. Alle Fundamentalisten, egal ob christliche, jüdische, moslemische oder andere, haben das gleiche Ziel. Sie verbreiten Uneinigkeit, Streit, Rassismus und Sexismus.

Es ist bekannt, daß die Mafia in Italien, in den USA und in Kanada in enger Verbindung zu fundamentalistischen Gruppen steht, auch zu einigen islamischen. Diese Gruppen finanzieren sich, genau wie die Mafia, durch Waffen- und Drogenhandel und durch internationale Geldgeschäfte, bei denen sie enorme Profite erzielen. Als „Geldwäscher“ fungieren die sogenannten Islamischen Banken.

Frauen, besonders arme Frauen, leiden am meisten, wenn fundamentalistische Bewegungen an die Macht kommen. Denn diese Bewegungen richten sich gegen Frauen und gegen Minderheiten. Führer der sogenannten islamischen Bewegung in Ägypten und anderen arabischen Ländern hetzen gegen Frauen und unterstützen jede Art der Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Religion, Glaube, Sprache oder politischer Überzeugung.

Islamische Fundamentalisten versuchen mit aller Macht, die Frauen wieder hinter den Schleier, zurück in ihre Häuser und

unter die alleinige Herrschaft ihrer Ehemänner zu zwingen. Im Namen der „Ehre“ und der „heiligen Mutterschaft“ werden Frauen entwürdigt und ausgebeutet, im Haus wie draußen.

Mit der Einführung des heute in Ägypten und den meisten arabischen Ländern gültigen Familienrechts sind Müttern und Ehefrauen grundlegende Menschenrechte genommen worden. Vor dem Gesetz sind sie Abhängige, Sklavinnen ihrer Ehemänner, und nur die Männer haben ein Recht auf Scheidung und Polygamie.

Theoretisch geht ihnen Mutterschaft über alles, aber juristisch dürfen zum Beispiel in Ägypten Kinder nicht die Nationalität ihrer Mütter übernehmen.

Genau wie die christlichen Fundamentalisten predigen auch die islamischen die Rassen- und Geschlechtertrennung und versuchen, Darwins Lehre und andere wissenschaftliche Bücher zu verbieten. Im Namen der Islamisierung verdammen sie Parties und Musik und streichen Liebesgeschichten und romantische Gedichte aus den Schulbüchern. Islamische Fundamentalisten brüllen Tag und Nacht Verse aus dem Koran oder Gebete über Mikrophone und Lautsprecher. Sie können jeden, der sich beschwert oder eine andere Meinung äußert, beschimpfen und ihn der Ketzerei beschuldigen.



Die Verschleierung der Frauen ist eine der sichtbarsten Auswirkungen fanatischer islamischer fundamentalistischer Bewegungen. Für die reichen Frauen ist bei uns der Schleier zur Mode geworden. Sie schmücken ihn mit Juwelen, tragen dazu helle, glänzende Seidenkleider, große, schimmernde Ohrringe, schweres Make-up, künstliche Wimpern und hochhackige Schuhe, auf denen sie kaum laufen können.

Manche islamischen Fundamentalisten erlauben ihren Frauen, das Gesicht zu zeigen. Sie haben auch nichts gegen Schmuck oder Stöckelschuhe oder Make-up. Nur wenige Fanatiker bestehen bisher darauf, daß auch das Gesicht verhüllt wird und zwingen ihre Frauen, den „Niqab“ zu tragen, einen dicken, von Kopf bis Fuß reichenden Schleier, der nur zwei schmale Schlitzte vor den Augen freiläßt.

Manche Frauen gehen verschleiert, um auf der Straße nicht belästigt zu werden, denn der Schleier verleiht der Frau ein gewisses Prestige, macht sie — in der Öffentlichkeit — unantastbar. Und, vor allem, der Schleier verdeckt die Armut, macht das äußere Erscheinungsbild der Frauen gleich. Aber es gibt auch immer mehr Frauen, die glauben, der Schleier sei ein Ausdruck von Authentizität. Er stünde für islamische Kultur und Tradition. Diese Frauen wollen mit dem Schleier gegen die Verwestlichung protestieren und glauben, es reiche aus, dazu ein Stück Stoff über das Gesicht ziehen.

Wohlhabende Frauen importieren den Schleier sogar aus dem Westen; oft kennen sie noch nicht einmal ihre ursprüngliche Sprache und Kultur. Sie beteiligen sich nicht am Kampf für die Befreiung ihres Landes von westlichen Ausbeutern und glauben, daß sie den Westen herausfordern, nur weil sie ihre Haare und ihr Gesicht hinter einem Schleier verstecken...

Die fundamentalistischen Bewegungen und andere fanatische islamische Gruppen werden vielfach von Regierungsseite gestützt. Sie erhalten offene oder versteckte Hilfe im Kampf gegen linke oder sozialistische Gruppen, können die Massenmedien für sich nützen und, im Namen der Demokratie, eigene Zeitungen und Zeitschriften veröffentlichen. Aber unserer Frauenzeitschrift „Noon“, die von der „Arab Women's Solidarity Association“ in Ägypten herausgebracht werden sollte, wurde die Lizenz verweigert.

Die Fundamentalisten werden immer mächtiger und ziehen viele junge Männer

und Frauen in ihren Bann, unter dem Vorwand, die Gesellschaft reformieren zu wollen und durch die Rückkehr zu den wahren islamischen Werten die Korruption zu bekämpfen. Arme Umsiedler vom Land und mittellose Studenten werden von ihnen praktisch und ökonomisch unterstützt.

Die vielfachen Spenden ihrer durch Öl reich gewordenen Anhänger investieren die Fundamentalisten bei islamischen Banken, legen das Geld mit Profit an und spekulieren damit. Erst vor kurzem flogen in Ägypten Schiebereien dieser Art auf und einer Reihe islamischer Anlage-Gesellschaften wurde der Prozeß gemacht. Sie verteufln den Westen mit fundamentalistischen Parolen und sie investieren im Westen wie die Teufel.

Sie bilden fanatische, paramilitärische Gruppen und geben sich klingende Namen wie „Al Takfir wa el Higrä“, „Al Nagoon mena el Nar“. Sie brüllen nationale Befreiungs-Parolen, aber zerstören den nationalen Zusammenhalt mit ihrem fanatischen Glaubenseifer.

Die Gründung des jüdischen Staates Israel trug bei zur Entstehung fanatischer fundamentalistischer Bewegungen in unserer Region. Diese Bewegungen trugen wiederum bei zu den zunehmenden fundamentalistischen Strömungen und Tendenzen der Israelis. Ein Kreislauf ohne Ende? Während der 70er Jahre wurden die Fundamentalisten immer mächtiger. Sadat unterstützte sie im Kampf gegen den ägyptischen Präsidenten Nasser und andere sozialistische Kräfte. Am 6. Oktober 1981 wurde Sadat, inzwischen selbst Präsident von Ägypten, von eben diesen Fundamentalisten ermordet.

Die ägyptische Regierung versucht jetzt, die enorme Zunahme fanatischer Gruppen aufzuhalten. Mit wenig Erfolg. Viele konservative ägyptische Akademiker, Ärzte und Ingenieure, die in den 60er und 70er Jahren nach Saudi Arabien und in die Golfregion gingen, kehrten mit noch reaktionäreren Ideen und einer Menge Petro-Dollars zurück und nehmen jetzt wichtige Stellungen ein.



Im Namen Gottes, des Barmherzigen

Fortschrittliche arabische Frauen und Männer kämpfen gegen alle fundamentalistischen Gruppierungen, egal ob sie islamisch, jüdisch oder christlich sind. Dabei geht es um Macht und nicht um Glauben. Der Kampf der palästinensischen Intifada zum Beispiel ist ein politischer und ökonomischer Kampf gegen die militärische Besetzung der West Bank und des Gazastreifens durch die Israelis. Es ist kein Glaubenskrieg zwischen Juden und Moslems, obwohl der Westen versucht, es so darzustellen.

Genau wie andere Religionen lockerte der Islam in seinem frühen, revolutionären Stadium die Ketten der Sklaverei und erklärte, daß weder Mann noch Frau zu knien hätte, außer vor Gott. Im Namen „Gottes“ versuchen unsere Unterdrücker jetzt, Diktaturen zu rechtfertigen.

Neben den Rechten gibt es auch einige sogenannte linke fundamentalistische Gruppen und Individuen. Diese progressiveren Frauen und Männer kritisieren überholte Bräuche und Traditionen, die die Freiheit der Frau einschränken. Trotzdem beharren sie darauf, daß Ehe und Mutterschaft nach wie vor im Mittelpunkt des Frauenlebens steht, und daß außerhäusliche Arbeit nur der ökonomischen Unterstützung des Ehemanns dienen darf. Veränderungen in der Realität von Frauen ignorieren diese „Progressiven“. Die Frauenbewegung und neue, feministische Ideen lehnen sie ab. Sie beschuldigen unsere Frauengruppen, unter westlichem Einfluß zu stehen, Agentinnen zu sein und die Massen zu spalten, weil sie den Mann zum Feind erklären und die Sache der Frauen von der nationalen Sache zu trennen.



e von Verwaltungsfachleuten" bereit für die Errichtung militärischer Übergangsverwaltungen im Irak

Nur jeder zehnte in den linken arabischen Parteien ist eine Frau. Je höher die Posten und die Entscheidungsebenen, desto geringer wird ihr prozentualer Anteil. Und es wird nicht besser, sondern schlechter. Auch linke Parteien zögern nicht, Frauenrechte zu opfern, um mächtigere konservative Gruppen zu beschwichtigen. So schlossen sich zum Beispiel 1985 alle politischen Kräfte in Ägypten, die Regierung und die Opposition, die Linken und die

Rechten, einer Kampagne islamischer Fundamentalisten gegen das relativ emanzipierte Familienrecht von 1979 an. Das Ergebnis ist das Familienrecht von 1985, durch das Frauen entrechtet wurden. Wir arabischen und moslemischen Frauen wissen, daß wir unsere wahre Identität nur durch die Entschleierung unseres Verstandes finden — und nicht durch die Verschleierung unserer Gesichter. Wir sind menschliche Wesen und nicht

Gegenstände, die verhüllt werden müssen (durch religiöse Verordnung) oder enthüllt (für den Konsum). Wir wissen auch, daß die Verschleierung der Frauen nur die Kehrseite der Medaille nackter Zurschaustellung des Körpers ist. Auf beiden Seiten der Medaille: die Frau als Sexobjekt. Nichts im Islam verbietet Frauen, sich voll an allen politischen und religiösen Aktivitäten zu beteiligen. Das Motto der „Arab Women's Solidarity Association“ lautet daher: „Den Verstand entschleiern!“ *NAWAL EL SAADAWI*

Im Namen des Propheten

Alle Welt glaubt, islamische Frauen hätten den Schleier zu tragen, weil der Koran es ihnen vorschreibt. Aber in den Versen des Korans wird man vergeblich nach einer solchen Vorschrift suchen.

Der Koran verlangt von Männern und Frauen, „den Blick zu senken“ (das heißt, einander nicht in die Augen zu sehen). Außerdem sollen Frauen sich nur für die Männer der eigenen Familie oder für andere „ungefährliche“ Männer schmücken und schminken:

„Sprich zu den Gläubigen, daß sie ihre Blicke zu Boden schlagen und ihre Scham hüten. Das ist reiner für sie. Siehe, Allah kennt ihr Tun. Und sprich zu den gläubigen Frauen, daß sie ihre Blicke niederschlagen und daß sie nicht ihre Reize zur Schau tragen, es sei denn, was außen ist, und daß sie ihren Schleier über ihren Busen schlagen und ihre Reize nur ihren Ehegatten zeigen, oder ihren Vätern, Schwiegervätern, Schwiegersöhnen, Brüdern, Neffen und deren Frauen, oder ihren Dienern und Sklaven, die kein Recht haben, sie zu heiraten, oder unschuldigen Kindern. Und sie sollen nicht ihre Füße zusammenschlagen, damit nicht ihr verborgener Zierrat bekannt wird.“ — So die überlieferten „Worte des Propheten“.

Fanatische islamische Fundamentalisten behaupten, das Wort Schal (El Khemar) bedeute, Frauen hätten ihren ganzen Körper einschließlich des Gesichts zu bedecken. Begründung: Ein Hadith (Spruch) des Propheten. Er sagt: „Die Frau ist eine Schande“ (El Ma'ara Awra).

Eine andere fundamentalistische Richtung findet, der Schleier müsse nur den Körper bedecken, Gesicht und Hände aber dürften sichtbar bleiben. Begründung: Ein Hadith des Propheten. Er sagt (zu Asma, der Tochter des Abu Bakr): „Oh Asma, wenn ein Mädchen reif wird, sollte es nichts zeigen außer diesem und diesem“, wobei er auf



sein Gesicht und seine Hände zeigt.

Der Fundamentalistenführer Sheik Baz und seine Anhänger behaupten, dieser Hadith sei nicht korrekt und befahlen Frauen, den „Niquab“ zu tragen, einen Schleier, der Körper und Gesicht bedeckt. Und die Hände haben sie in Handschuhe zu stecken. Die meisten ägyptischen Frauen weigern sich allerdings, den Niquab zu tragen, und bedecken nur ihr Haar.

Die Verschleierung der Frauen begann im übrigen nicht erst mit dem Islam, sondern bereits lange davor. Historische Untersuchungen über den Ursprung des Schleiers weisen nach, daß er mit Aufstieg des Judentums als Religion und dem Mythos von Adam und Eva eingeführt wurde. Schuld an allem ist natürlich wieder Eva, die Quelle des Übels und der Sünde, die sich für ihren verdorbenen Charakter zu schämen hat. Sie muß darum ihren gesamten Körper, also auch Kopf und Gesicht verschleiern. Hinzu kommt die Vorstellung, daß Eva ein kopflöser Körper und Adam ihr Kopf ist. Darum verlangen auch jüdische Fundamentalisten in Israel heute von ihren Frauen wieder, sich zu verschleiern.

Die Unterordnung der Frau in der Menschheitsgeschichte begann also nicht mit dem Islam. Schon viel ältere Religionen — wie der Hinduismus, Buddhismus, Judentum, Shintoismus, Konfuzianismus und das Christentum — wiesen Frauen einen Platz bei den niedersten Kreaturen zu.

Die heutigen Auffassungen vom Islam können in drei große Strömungen eingeteilt werden: Erstens die, die meinen, sich verteidigen zu müssen und behaupten, daß auch der Islam Frauenrechte anerkennt. Zweitens die, die den Islam verantwortlich machen für den untergeordneten Status der Frauen. Drittens die, die den Islam mit anderen Religionen vergleichen und seine positiven und negativen Aspekte einer objektiven und historischen Analyse unterziehen.

Eine besondere Einheit sei gebildet worden, um die Wiedereinsetzung der kuwaitischen Regierung

Der Koran gilt als die primäre Quelle islamischer Rechtsprechung und theologischer Orientierung. Es folgen die Hadith, die Sprüche und Lehren des Propheten, danach der Konsens der religiösen Führer und als letztes die heutigen Rückschlüsse und Analogien. Diese drei Quellen werden als rechtsgültige Ergänzung zum Koran herangezogen, wenn es darum geht, eine Position zur Stellung der Frauen oder zu irgend einer anderen Frage zu beziehen.

Die Auslegung des Korans oder der Sprüche des Propheten ist nicht einheitlich. Sie variiert stark von Land zu Land, von Zeit zu Zeit und von einer Schule zur anderen. Wie der Islam in Saudi Arabien verstanden, ritualisiert und ausgeübt wird, unterscheidet sich also stark vom Islam in Ägypten, Syrien, Algerien oder Marokko.

In Saudi Arabien können die reaktionären Stammes-Strukturen durchaus zur Steinigung einer Prinzessin führen, nur weil sie den Mann, den sie liebt, heiraten will. Eine Frau darf dort nur auf die Straße gehen, wenn sie völlig verschleiert ist — bis auf zwei winzige Schlitze vor den Augen. Sie darf nicht berufstätig sein, kein Auto fahren, sich überhaupt nicht ohne Erlaubnis des Mannes öffentlich bewegen.

In Ägypten wurden unter Präsident Nasser (1952—1970) Koran und Hadith eher sozialistisch ausgelegt. Das änderte sich dann wieder unter Sadat (1970—1981), der die kapitalistische Variante des Islams unterstützte. Im Süd-Jemen wiederum legte das sozialistische System Koran und Hadith progressiver aus, und es wurden neue Ehe- und Zivilrechte eingeführt, die Frauen und Männer in Ehe, Scheidung, Erbfolge, im Familienleben und in der Politik gleichstellen. Das Gleiche gilt für das neue Familienrecht in Tunesien.

In den meisten arabischen Ländern ist es Frauen zur Zeit (noch) gesetzlich gestattet, berufstätig zu sein, ein Auto zu fahren und an allen politischen, ökonomischen und kulturellen Aktivitäten teilzunehmen, zumindest auf dem Papier. Zu bestimmten Bereichen aber haben Frauen nach wie vor keinen Zugang, schon gar nicht zu den obersten Rängen der politischen Macht, der Armee, der Polizei, der Rechtsprechung und der religiösen Führung.

Der Islam ist (wie andere Religionen auch) nicht nur eine religiöse Ideologie, sondern bestimmt auch das tägliche Leben und die sozialen Zusammenhänge. In vielen arabischen Ländern hat die historische Entwicklung nicht zur Trennung zwischen Staat und

Religion geführt, wie im Christentum. Aber die Gesetzgebung hat sich trotzdem unabhängig von der theologischen Rechtsprechung entwickelt. Nur das islamische Familienrecht ist immer noch eng mit der Religion verbunden.

In Ägypten gilt für christliche Frauen ein christliches Familienrecht, für moslemische Frauen aber ein moslemisches. Ägyptische Frauen (moslemische wie christliche) tragen nicht den Namen ihres Ehemanns, wie in den meisten westlichen Ländern. Christliche Frauen sind in Ägypten nicht bedroht von Scheidung oder Polygamie wie ihre moslemischen Schwestern. Aber alle sind Opfer der Klitorisbeschneidungen.

Die meisten islamischen Lehren, die darauf bestehen, daß der Mann sein Recht über die Frau ausübt, berufen sich auf den folgenden „Ayat“ (Vers): „Frauen sollen mit Freundlichkeit behandelt werden, genau wie es sie erfreut, ihre Männer mit Freundlichkeit zu behandeln. Männer stehen eine Stufe über ihnen. Allah ist allmächtig und voller Weisheit.“

Der Koran warnt die Männer aber auch davor, Frauen gegenüber eingebildet und herablassend zu sein: „Sei nicht eitel und rede zuviel über deine Freundlichkeit, nur weil Allah dich anderen vorgezogen hat (...) Männer haben das Recht auf das, was sie durch ihre Bemühungen ernten, und auch Frauen haben das Recht auf das, was sie ernten.“ Dieser „Ayat“ weist also auch dar-

auf hin, daß der Koran Frauen gestattet, berufstätig zu sein und ihren Lebensunterhalt zu verdienen, da er ihnen an dem, was sie ernten, das gleiche Recht gibt wie den Männern.

„Laßt euch in euren Häusern nieder und schmückt euch nicht, wie es die Frauen in den frühen Zeiten Gahleys taten.“ — Viele fundamentalistische Gruppen benutzen diesen Vers, um Frauen daran zu hindern, das Haus zu verlassen. Aber die Mehrheit der Frauen in den arabischen Ländern sind arme Bäuerinnen, die jeden Tag auf dem Feld arbeiten müssen. Sie bedecken ihr Gesicht und Hände nie. Der Tschador oder der Ni-quab sind unbekannt bei den Bauern auf dem Land.

Was sagt der Koran zur Polygamie? Über diese Frage gehen die Ansichten religiöser Denker weit auseinander. Es gibt Gläubige, die davon überzeugt sind, daß Polygamie im Koran verboten sei. Sie begründen ihre Auffassung mit einem Vers aus der Sure „Die Weiber“: „Und so ihr fürchtet, nicht Gerechtigkeit gegen die Waisen zu üben, so nehmt euch zu Weibern, die euch gut dünken, zwei oder drei oder vier; und so ihr fürchtet, nicht billig zu sein, heiratet nur eine. (...) Solches schützt euch eher vor Ungerechtigkeit.“ — Da kein Mann in der Lage sei, alle seine Frauen völlig gleich zu behandeln und nicht den geringsten Unterschied zwischen ihnen zu machen, verbiete der



vorzubereiten. Diese hat bereits die Verhängung des Kriegsrechts in Kuwait während der ersten 6

Koran die Vielweiberei. So die Gegner der Polygamie, die darauf hinweisen, daß der Koran deutlich erklärt, eine solche Gleichbehandlung sei unmöglich, wie sehr ein Mann sich auch bemühen möge.

Wieder andere bestehen darauf, daß der Koran Polygamie sehr wohl erlaube, denn auch der Prophet Mohammed habe mehrere Frauen geheiratet, und Gerechtigkeit und Gleichheit zwischen den Frauen sei durchaus möglich.

Zur Geburtenkontrolle oder Verhütung sagt der Koran weder Positives noch Negatives. Aber trotzdem lehnen einige der moslemischen Vordenker jegliche Verhütung und die Abtreibung ab. Auch dafür finden sie wieder den passenden Spruch im Koran: „Töte nicht deine Kinder aus Furcht vor Ketzerei. Er wird für dich und sie sorgen. (...) Wer Allahs Zorn vermeidet, dem wird Allah einen Ausweg zeigen und für ihn auf wunderbare Weise sorgen.“

Demgegenüber versichern andere Schulen moslemischer Denker, daß der Islam weder die Verhütung noch die Abtreibung in den ersten 120 Tagen der Schwangerschaft verbietet. Auch sie begründen diese Auffassung mit dem Koran: „Allah wünscht deine Lasten zu erleichtern, um die Dinge für dich nicht schwerer zu machen.“

Vom Judentum übernahm der Islam die Strafen für Ehebrecherinnen bis hin zur Steinigung. Der Koran bestimmte ursprünglich, daß alle Ehebrecher, Männer wie Frauen, zu Tode gesteinigt werden sollten. Aber da ein Mann vier Ehefrauen, zahlreiche Konkubinen sowie Sklavinnen haben konnte, die ihm absoluten Gehorsam schuldeten, mußten reichere und mächtigere Männer nicht illegal die Ehe brechen, da sie es legal tun konnten.

Die religiösen Gesetze galten daher nur für Frauen und für arme Männer, die nur ein paar Schafe besaßen oder kleine Handwerker und Händler waren, bezahlte Arbeiter oder Sklaven, deren begrenzte Mittel sie zu unaufrichtiger ehelicher Treue zwangen. Sehr viele Verse des Koran besagen, daß alle Menschen gleich sind vor Allah, und daß Er Männer und Frauen geschaffen hat, auf daß Barmherzigkeit und Liebe zwischen ihnen sei. Mohammed gab den Frauen das Recht, ihren Ehemann selbst zu wählen und sich wieder von ihm zu trennen, wenn sie wünscht. Trotzdem wurde Frauen dieses Recht später wieder genommen im Namen der sogenannten islamischen Rechtsprechung.

Wir sehen: Im Namen des Koran und des Propheten kann alles behauptet werden — und nichts.

NAWAL EL SAADAWI

Übersetzung: Susanne Aeckerle



Monate nach ihrer Rückkehr beschlossen. +++ Reservisten, die im Zivilberuf als Anwälte, Richter

FRAUENPROZESS

Kurzbericht vom zweiten Verhandlungstag, 22.2.91, im Prozess gegen zwei Frauen, die wegen Körperverletzung, Widerstand etc. vom 25.11.89 (Frauenwiderstandstag) angeklagt sind.

Zuvor eine kurze Beschreibung vom ersten Verhandlungstag, der am 24.10.90 stattfand. Es waren ca. 60 Zuschauerinnen da, der Raum selber hatte offiziell für 15 Zuschauerinnen Sitzplätze. Richter Herkewitz ordnete an, daß sich 15 Frauen abzählen sollen und der Rest den Raum verlassen soll. Als die Frauen dem nicht nachkamen, rief er die Sicherheitskräfte, um den Saal räumen zu lassen. Auf die Einsprüche und Anträge auf einen größeren Raum reagierte er mit "ich bin schon Jahre in diesem Raum, und bleibe auch hier." Als es den Sicherheitskräften nicht möglich war, den Saal zu räumen, setzte er die Verhandlung aus.

22.2.91 - 2. Verhandlungstag -

- 9.00 Uhr vor dem Raum 101 befinden sich ca. 30 Frauen, die den Prozess beobachten wollen. Sie berichten, daß sie nur über den Nebeneingang des Portals 5 und mit Sonderkontrollen in den ZuschauerInnenraum gelassen werden. Die Sonderkontrollen, d.h. nur zu zweit Einlaß (die Anderen müssen derweils auf der Strasse stehen!), Jacken ausziehen, Tücher werden abgenommen, Körper abtasten, Schuhe müssen ausgezogen werden. Erst wenn die Zwei dann im ZuschauerInnenraum sind, werden die nächsten 2 zur Durchsuchung von der Strasse reingeholt. Es dürfte vorstellbar sein, wie endlos lange es bei dieser Prozedur dauert bis die Frauen im ZuschauerInnenraum ankommen. Die Anwältinnen kümmern sich sofort darum und schicken derweils die beiden angeklagten Frauen in den Verhandlungsraum um zu verhindern, daß die Verhandlung ohne Angeklagte, Anwältinnen und Öffentlichkeit eröffnet wird. Die zwei Frauen werden vom Richter angewiesen sofort Platz zu nehmen. Als sie dies nicht taten, droht er gleich, sie in Ordnungshaft zu nehmen. Als sie darauf hin Anstalten machten den Raum wieder zu verlassen, droht er ihnen an, falls sie sich unerlaubt entfernen würden, sofort einen Haftbefehl gegen sie auszuschreiben. Die beiden Frauen betreten dann mit den Anwältinnen zusammen wieder den Verhandlungsraum. Als sich die beiden Frauen neben ihre Anwältinnen setzen wollen, wird das von Richter Herkewitz mit der Drohung, sie in Ordnungshaft zu nehmen, unterbunden. Die Anträge der Anwältinnen, daß die zwei Frauen neben Ihnen sitzen können, nimmt er mit der Begründung nicht an, daß die Hauptverhandlung noch garnicht eröffnet sei. Daraufhin gibt es ein Hin und Her zwischen Anwältinnen und Richter Herkewitz. Dann stellen die Anwältinnen den Antrag auf Aufhebung der Sonderkontrollen und Antrag auf erweiterte Akteneinsicht, um die richterliche Verfügung einsehen zu können. Dadurch stellt sich raus, daß die richterliche Verfügung nicht die Schuhkontrolle vorsieht. Nach Befragung des Saaldieners, ob die Frauen tatsächlich die Schuhe ausziehen müssen und dieser das bestätigt, nimmt Herkewitz die Schuhkontrolle nachträglich in die richterliche Verfügung auf.

Herkewitz fordert eine Zuschauerin auf ihre Mütze abzunehmen. Nachdem sie das schwungvoll tut, fordert er sie auf nach vorne zu kommen und ermahnt sie. Während er seine Belehrung fürs Protokoll diktiert, ordnet er für die Zuschauerin einen Tag (24 Stunden) Ordnungshaft ohne aufschiebende Wirkung an. Er beauftragt den Saaldiener, sie sofort abzuführen. Diese will, daß ihre Beschwerde ins Protokoll aufgenommen wird, was der Protokollführer mit einer Handbewegung abtut. Der Richter weigert sich, ihr zu erklären, wann und wo sie sich beschweren kann. Er unterbricht die Verhandlung um eine halbe Stunde. Alle

oder Hochschullehrer tätig sind, haben in den US-Einheiten in Saudi-Arabien Schnellkurse in Krieg

Be und sich bei Eröffnung wieder der selben Prozedur wie beschrieben unterziehen. Nach Eröffnung beantragt eine RA eine 3/4 Stunde Unterbrechung, um einen Befangenheitsantrag zu formulieren.

- Eröffnung: Nachdem sie den Antrag verlesen hat, unterbricht Herkewitz 1 Stunde um zu beraten. Vorher entläßt er die Zeugen und prüft die Anwesenheit der Angeklagten. Außerdem soll er den Antrag auf bessere Bedingungen für die Öffentlichkeit prüfen.

- 12.45 Uhr Herkewitz lehnt den Befangenheitsantrag als unzulässig ab. Daraufhin stellt die andere Rechtsanwältin den Antrag auf eine 3/4 Stunde Unterbrechung, um einen zweiten Befangenheitsantrag zu formulieren. Nach Eröffnung verliert die Rechtsanwältin den Antrag. Herkewitz zieht sich mit der Bemerkung, der Antrag wäre überflüssig, da er den selben Wortlaut habe, ohne Zeitangabe zum "Nachdenken" zurück. Die Zuhörerinnen müssen ausnahmsweise den Saal nicht verlassen. Eine Bank im ZuhörerInnenraum kracht zusammen. Daraufhin versuchen die Sicherheitskräfte, den Saal eigenmächtig zu räumen, was ihnen aber nicht gelingt, da Herkewitz auftaucht und die Verhandlung fortgesetzt wird. Übrigens ignoriert er dieses Geschehen total. Er lehnt den Befangenheitsantrag ebenfalls wegen Unzulässigkeit ab.

Von Anfang an legt es Herkewitz darauf an, die Öffentlichkeit einzuschüchtern und die Anwältinnen und die zwei Frauen niederzumachen.

Presse ist laut Herkewitz' Verfügung nur mit Justiz-Presseausweis zugelassen.

Diese ganzen Schikanen deuten darauf hin, daß er aus diesem Verfahren einen Schauprozeß machen will, d.h., daß die Frauen mit hohen Strafen zu rechnen haben und die Zuhörerinnen bei der kleinsten Regung in Ordnungshaft gesteckt werden.

NÄCHSTER PROZESSTERMIN : FREITAG, 1.3.91, 13.00 Uhr
IM SICHERHEITSRAUM 101

KOMMT MASSENHAFT UND PHANTASIEVOLL!!!!!!

AN ALLE VERHAFTETEN ~~999~~, MAINZERSTRASSE

wir haben uns am 4.2. getroffen (ein protokoll dazu gibts in der amazora nr. 7) und treffen uns wieder am 4. März um 20 Uhr,
YORCKSTR. 59, HH, 2. st. rechts

BRINGT EURE BULLENSCHREIBEN MIT!!
UND ALLE INFOS, DIE FÜR UNS/UNSERE PROZESSE
WICHTIG SIND!!!!!!!!!!!!

AN ALLE VERHAFTETEN ~~999~~ . MAINZERSTR.

Endlich ist es klar !!!!!

Ab Dienstag, 26.2., gibt es das *Antikriegszentrum* im Kaufhaus Kato im U-Bahnhof Schlesisches Tor.

- täglich geöffnet ab 12 Uhr.

- Dienstag abend (26.2.) ab 19 Uhr offener Abend für alle.

Wir wollen erzählen, wie es zum Nutzungsvertrag gekommen

ist und gemeinsam darüber reden, was wir dort machen wollen.

srecht abgehalten. Damit wolle man "jedem Soldaten" helfen, Tragödien zu vermeiden, wie sie z.B.

S T A A T S T E R R O R

I M A B E N D L A N D

vielen stellt sich die frage, was der golfkrieg hier für uns bedeutet. es ist eine relativ abstrakte konfrontation, die sich irgendwo im ach so fernen Nahen Osten abspielt.

die berichterstattung ist auch nur eine weiterführung des krieges auf den bildschirmen. wer jedoch seine/ ihre augen vom raketenspektakel löst und die aufmerksamkeit auf den deutschen alltag richtet, kann die deutlichen auswirkungen auch hier beobachten.

die wagenburg in wiesbaden zb befindet sich in direkter nähe eines unterstützpunktes. seit ausbruch des krieges wird hier objektschutz gefahren. einige menschen, die am 1. februar zum wagenburgtreffen nach wiesbaden kamen, wurden von zivi-bullen angehalten und kontrolliert. "leute, die so aussehen, brauchen sich nicht zu wundern, wenn sie in solchen zeiten angehalten werden".

den stuttgarterInnen passierte es etwas verschärfter. ihre wagenburg befindet sich in 500m luftlinie vom eucom (european comand), dem hauptquartier der amis. seit kriegsbeginn hält sich mind. eine hundertschaft bullen im hq auf; am 18.1. liefen sonderereinheiten mit filmkameras an der wagenburg auf. während über dem platz ein hubschrauber kreiste und den überfall beobachtete, wurde der gesamte platz im detail abgefilmt. die bullen behaupteten es würde sich um die erstellung einer dokumentation für das amt für öffentliche ordnung handeln.

ganz klar hat der ungeschriebene notstand seine auswirkungen auf das tägliche leben der ausländerInnen in der BRD vermehrt werden jetzt asylbewerberInnen aus der golfregion (vor allem kurdInnen und palästinenserInnen) ausgewiesen, dh somit der verfolgung, dem knast, der folterung und der ermordung ausgesetzt. das bedeutet natürlich einen zusätzlichen druck in einer eh ausländerInnenfeindlichen gesellschaft.

kontrollen, überwachung und durchsuchungen gegen ausländische menschen nehmer zu.

in köln/bonn stürmte grade die sicherungsgruppe (eine spezielle anti-terror-einheit) ein hotel, wo hauptsächlich ausländerInnen wohnen. dabei wurde das hotel umstellt, die türen mit äxten eingeschlagen und die bewohnerInnen durch prügel teilweise erheblich verletzt.

gleichzeitig wird mit der herbeigeredete und -geschriebenen anschlagshysterie die angst und die vorurteile gegen ausländerInnen verstärkt. nicht nur in hamburg werden die asylantInnenheime von den bullen observiert.

die kriegstreiber in der BRD (dazu gehört die industrie genauso wie die politischen parteien) haben ein interesse an der ausländerInnenhetze.

es geht nicht nur um die ausbeutung als billige arbeitskräfte;

es geht auch darum, die unzufriedenheit vieler menschen in ihrer eigenen situation gegen die ausländerInnen zu lenken; es geht aber letztlich auch darum, ihre repressiven maßnahmen gegen die ausländerInnen auch in unseren alltag zu bringen.

bullenstreifen, hubschraubereinsätze, objektschutz, ausweiskontrollen, asylantenstopp und ausländerInnenhetze, dies alles hat sich in gesamtdeutschland verschärft.

in diesem sinne ist es interessant sich die notstandsgesetze näher zu betrachten. wir beziehen uns im folgenden auf auszüge. die aufzählungen sind also nicht vollständig.

die erste phase kann von der bundesregierung alleine, ohne das parlament, beschlossen werden, wenn sie die unterstützung der nato hat.

nach dem wehrpflichtgesetz können alle männer von 18-60 jahren erfaßt, gemustert und zur übung einberufen werden, was als bereitschaftsdienst deklariert wird. und genau das passiert gerade!

in deutschen städten werden reservisten angeschrieben, einberufen und teilweise direkt zum objektschutz abgestellt.

die aufgaben der bundeswehr reichen jedoch noch weiter. zusammen mit dem gs können sie zur bekämpfung von aufständischen, mit anderen worten kriegsgegnerInnen, eingesetzt werden. das für den legalen widerstand leuchtet ist klar!!)

mit der Zerstörung von My Lai im Vietnamkrieg vorkamen. Den Soldaten sei eingeschärft worden,

diese gesetze treten nacheinander in 4 stufen in kraft. sie sind aufgegliedert in A friedenszeit B kriesenzeit C spannungsfall D verteidigung.

stufe A sichert die vorbereitungsmaßnahmen in hinblick auf einen notstand ab und gilt praktisch immer.

(zb bevorratung von arzneimitteln, lebensmitteln, erdöl usw. verpflichtung zur musterung, notstandsübung, manöver)

stufe B tritt bei einer langsamen zuspitzung bis zur internationalen kriege, bzw. bis zum offenen krieg ein. sie ist nochmal in 2 phasen unterteilt.

in der zweiten phase wird die rationierung von lebensmitteln, treibstoff, etc, die beschlagnahmung von maschinen und fahrzeugen und kontensperrung bestimmt.

normalerweise wird eine 2/3 mehrheit im parlament benötigt, mit hilfe der nato jedoch...

mit der feststellung des spannungsfalles (stufe C) durch das parlament werden alle sicherstellungsgesetze voll anwendbar, das heißt dann auch zb zwangsarbeit in rüstungsbetrieben, krankenhäusern etc. insgesamt ist es eine phase der öffentlichen generalmobil-machung und die weiterführung der maßnahmen aus stufe B.

der sogenannte verteidigungsfall (stufe D) tritt ein, wenn die BRD mit waffengewalt angegriffen wird oder dieses zu passieren droht.

jetzt können auch frauen von 18-55 jahren zum sanitätsdienst eingezogen werden, und die bullen haben die möglichkeit "störerInnen" und "unruhestifter" ohne haftrichter bis zu 4 tagen festzuhalten.

was für die menschen gilt, die gegen diesen krieg aktiv werden,

was auch leute betrifft, die der verfassungsschutz willkürlich als gefährlich einordnet,

was unsere ausländischen freundInnen jetzt schon betrifft,

das wird spätestens mit der offenen verkündung des notstandes alle betreffen.

Quelle: DER TAG "X"

hat schon gegonnen. III

Vertrieb/Bestellung:

DIE GRÜNEN, Postf.1422

53 Bonn 1, 6.-DM

einige wagenbewohnerInnen aus hamburg, berlin und wiesbaden

Wir haben am 19.02.'91 der TagesspiegelFiliale in der Seebadstrasse, Hermsdorf wegen der Golfberichterstattung die Scheibeneingeschlagen und farbe hinterher geworfen.

Wir würdigen damit die Rolle des Tagesspiegels fest an der Seite der westlichen Invasions-truppen und dessen Ausgrenzungspolitik gegenüber einer radikalen Linken.

Damit besetzt der Tagesspiegel das feld der aufgeklärten Liberalen, denen die Kriechschritte der Springerpresse zu plump ist und die eine „intellektuelle“ Rechtfertigung benötigen.

GEGEN DEN KRIEG
UND SEIN IDIOLOGISCHES
HINTERLAND !!!

Autome Gruppe zur
Bekämpfung des Presse-
unwesens e.V.

daß sie nicht nur den Krieg, sondern auch "Herz und Gemüt" der Bevölkerung gewinnen sollten. +++

Die Idee, Aktionstage zu organisieren, um auf die immer schlechte Situation der Bauwagenbewohnerinnen aufmerksam zu machen, entstand während der Häuser-tage in Hamburg (Dez.90).

Klarist, es kann für Plätze in der eigenen Isoliertheit nicht mehr weitergehen. Das heißt, wir müssen national/international gemeinsame Perspektiven und Forderungen entwickeln. Denn um etwas an unserer Situation zu ändern, müssen wir zusammen daran arbeiten. Alleine geht bald nix mehr.

Gerade weil im Frühjahr viele Räumungen anliegen, fanden wir es sinnvoll, die Aktionstage zwischen den

15.-23.März

zu machen. Bis jetzt haben wir auf dem Wiesbadener Treffen über Öffentlichkeits-Aktionen geredet. Fast alle Plätze haben da ein ziemlich großes Nachholbedürfnis. Außerdem, um wirklich etwas zu erreichen, müssen wir uns und unsere Ziele der Öffentlichkeit sowie der Szene vermitteln.

Zudem wäre es völlig falsch zu denken, solange wir das Maul halten passiert uns auch nix.

Der Abschluß der Aktionstage sollen drei Demos sein, die in drei Regionen stattfinden sollen:

Hamburg, Berlin, Rhein/Main.

Klar müßte auch sein, daß wir alle ziemlich viel Kraft in die Mobilisierung stecken müssen, um Starke Demos zu organisieren.

Also dies sind erstmal die Vorstellungen, die auf den letzten Bauwagentreffen entstanden sind. Es wird vom

1.-3.März in Mainz (Adresse siehe Liste)

noch ein Treffen dazu geben, wo es gut wäre, wenn die einzelnen Plätze ihre konkreten Vorstellungen und Kritik einbringen. Redet mal drüber!!!

Hier folgen nun Vorschläge für Aktionen:

- Infotische/Wagen mit Flugis, Fotos, Geschichte usw
- Veranstaltungen auf denen Filme gezeigt werden
- Demos und Kundgebungen

Es gibt mehrere Bauwagenvideos zum ausleihen

Kontakt über Bauwagenplatz Hospitalstr. 10 Cafe Feuerwache Chemnitzstr.3-7
2 Hamburg 50

Also laßt euch noch mehr einfallen!!!

Über unsere Forderungen haben wir ziemlich lange geredet. Es ist ziemlich schwer, alle Plätze unter einen Hut zu kriegen, deshalb sind unsere Forderungen auch etwas Gummiband

1. Legalisierung des Bauwagenlebens

Keine weiteren Räumungen von Wagenplätzen

2. Die Plätze denen, die drauf wohnen

3. Selbstbestimmte Plätze da wo wir leben wollen

Anschließend wird ein Flugblattentwurf abgedruckt, der bundesweit/international verteilt werden soll. Ein Bürgerinnen-Flug

Wir haben auch über Verträge geredet, wäre spannend, wie es auf einzelnen Plätzen damit aussieht.

Wir freuen uns über alle
Betroffenen, GauklerInnen,
SympathisantenInnen,
ZugmaschinenbesitzerInnen
...
die Lust haben uns
zu unterstützen



Das berlinweite
Vorbereitungstreffen
findet regelmäßig
So, 19.00 Uhr
im Lehmhaus am
Kinderbauernhof
Adalbertstraße statt. ★

AUFRUF ZUR DEMONSTRATION

gegen die Atomindustrie
am 9. März 1991

in Morsleben



Was die Atommafia der Bundesrepublik in zwei Jahrzehnten wilder Entsorgungsoдыsseen nicht geschafft hat, ist ihr am 3. Oktober wie ein reifer (fauler) Apfel in die Hände gefallen. Mit dem Anschluß der DDR verschaffte sich die Bundesregierung in Morsleben mit krimineller Energie ein Endlager für schwach- und mittelradioaktive Atomabfälle, ein Endlager ohne Sicherheitsnachweis und der akuten Gefahr des Absaufens. Während energischer denn je auf die Realisierung der Endlagerprojekte Gorleben und Schacht Konrad gedrängt wird, hofft die Atomindustrie sich zumindest vorübergehend in Morsleben ihrer atomaren Sorgen entledigen zu können.

Doch wir wissen: weder Morsleben, noch Schacht Konrad oder Gorleben bringen die Lösung, sondern nur der sofortige Stopp der Atommüllproduktion. Das kann nur heißen: sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie.

Durch den Anschluß der DDR wittert die Atomlobby Morgenluft für die Auflage eines neuen Atomprogrammes. Für das Frühjahr haben die großen Strommonopole bereits eine Entscheidung über die Nachrüstung der alten DDR-Reaktoren oder den Neubau von Reaktoren angekündigt. Die Atommafia drängt nach Osten.

Doch wir wissen: weder nachgerüstete Altreaktoren, noch Atomkraftwerke westlichen Standards können ein Tschernobyl verhindern.

Die westdeutsche Elektrizitätsversorgungsunternehmen suchen neue Absatzmärkte für ihren überschüssigen Atomstrom. Mit dem Stromvertrag haben sich die Strommonopole RWE, PreußenElektra und Bayernwerke des gesamten DDR-Strommarktes bemächtigt und die Energiewende verhindert. Viele DDR-Kommunen setzen sich gegen diese Knebelungsverträge zur Wehr.

Wir sagen: Energiewende ja - Atomkraft nein, denn nur so läßt sich das Klima und das Leben auf der Erde retten.

Künstlich trennen die Befürworter zwischen militärischer und ziviler Nutzung der Atomkraft. Die Zerstörung der Atomanlagen in Bagdad stellt einen Aspekt des Völkermordes um Geld und Macht am Golf dar.

Hier zeigt sich: mit jeder Atomanlage wird eine ökologische Waffe scharf gemacht.

Wir rufen alle Menschen und Gruppen, die den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie und die Energiewende wollen, zum gemeinsamen Widerstand auf. Verhindern wir, daß Morsleben europaweit das Signal zur Durchsetzungsfähigkeit der Atommafia wird.

**Stoppt die Atomindustrie !
Stoppt Morsleben !
Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit !**

einem Gegner seiner Kriegspolitik am Golf konfrontiert worden. Als Pfarrerin Patricia Adams ihre

Inhaltliche Erläuterungen zum Aufruftext

"Die DDR Wirtschaft ist marode, ineffektiv, veraltet ... eben "sozialistische Mißwirtschaft". So hört man sie tönen, die Herren Politiker und Bonzen. Doch wenn es ins wirtschaftliche und politische Kalkül paßt, dann geht es auch anders. Dann hat die DDR plötzlich etwas geschafft, was die Atommafia in der BRD seit Jahrzehnten nicht realisieren konnte:

EIN ATOMMÜLLENDLAGER - MORSLEBEN

Dies ist nun der Atommafia durch die Annexion der DDR in den Schoß gefallen. Da wird im Einigungsvertrag schnell noch das Atomgesetz verändert und so hoffen sie, durch Morsleben die Entsorgungslücke noch ein bißchen länger aufrecht erhalten zu können. Und außerdem glauben sie, daß jetzt wieder bessere Zeiten kommen. Die DDR-Stromwirtschaft dank dem Selbstbedienungsramschladen "Treuhand" einkassiert, neue AKWs für die "Ex"-DDR und ein paar alte nachgerüstet und dann geht's weiter: CSFR, Sowjetunion Die "Ex"-DDR, ein Geschenk für das Kapital: Sondergesetze, Niedrigsteuerland, neuer Absatzmarkt, Billiglohnland, Wirtschaftsunternehmen und alles zum Schleuderpreis.

MORSLEBEN - DER GAU ALS ENDLAGERKONZEPT

Das ehemalige Salzbergwerk Bartsleben in der Gemeinde Morsleben (in der "Ex"-DDR, 5 km östlich von Helmstedt) wird seit 1978 als Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle genutzt. Das enorme Hohlräumvolumen der Schachanlage von 5 Mill. Kubikmetern übertrifft die Kapazität des auf westdeutscher Seite als Endlager vorgesehenen Bergwerkes Schacht Konrad bei Salzgitter um das Dreifache. Nach der "Wiedervereinigung" eröffnet dieses geschenkte Endlager der westdeutschen Atommafia die Möglichkeit, den permanenten Entsorgungsengpaß zumindest für eine Übergangszeit zu überbrücken. Das Atomgesetz wurde bereits im September 90 - mal wieder - den Wünschen der Atomlobby angepaßt. Das Endlager Morsleben erhielt einen sogenannten Bestandsschutz bis zum Jahr 2000, d.h. der Weiterbetrieb ist ohne das eigentlich im Atomgesetz vorgesehene Planfeststellungsverfahren für weitere 10 Jahre gesichert.

Es ist damit zu rechnen, daß ab 1991 auch westdeutscher Atom Müll in Morsleben eingelagert wird. Die derzeitige "Prüfung" dieser Frage durch die GRS (Gesellschaft für Reaktorsicherheit) wird sich wohl kaum an sicherheitstechnischen Maßstäben orientieren, sondern ist eindeutig eine politische und wirtschaftliche Entscheidung, die ebenso wie die Änderung des Atomgesetzes zugunsten der Atommafia ausfallen wird.

Dies wird auch deutlich bei dem für Morsleben bisher vorgesehenen Konzept der sogenannten "Langzeitsicherung" des Atom Mülls. Das in der DDR entwickelte "Verwahrungskonzept" sieht nach Ende der Einlagerung die Füllung der Schächte mit einer Flüssigkeit vor. Gerade dieser Vorgang wird in westdeutschen Endlagerkonzepten als Absaufen des Endlagerschachtes bezeichnet, mit anderen Worten: Größter Anzunehmender Unfall = GAU!

DIE ENTSORGUNGSLÜCKE

Es gibt weltweit keine für Mensch und Natur unbedenkliche Endlagerung von Atom Müll. Alle derzeitigen Entsorgungskonzepte und -projekte dienen einzig und allein dem Weiterbetrieb von Atomanlagen!

Morsleben ist hierfür nur ein weiteres Beispiel, denn die Atommafia hält an den bisherigen Endlagerorten Asse, Konrad und Gorleben fest - obwohl klar ist: weder die in den 70er Jahren als Versuchsendlager genutzte Schachanlage Asse bei Wolfenbüttel, noch Schacht Konrad oder der Salzstock in Gorleben sind für die Einlagerung von Atom Müll geeignet.

Mit dem Endlager Morsleben kann die Atommafia den Weiterbetrieb von Atomanlagen sichern und Zeit gewinnen für den Ausbau der anderen Endlager. Durch das "Vorzeigeprojekt" Morsleben könnten die auf westdeutscher Seite bestehenden Akzeptanzprobleme verringert und die Chancen für eine politische Durchsetzbarkeit der oben genannten Endlagerorte erhöht werden.

Darüberhinaus soll das Endlager Morsleben ein weiterer Baustein im Zuge der Europäisierung der Atomindustrie werden. Die enormen Kapazitäten der Schachanlagen Morsleben und

Konrad lassen befürchten, daß die Region Magdeburg, Braunschweig, Gorleben ("Bermuda-Dreieck") in absehbarer Zeit zum Atomklo Europas wird.

Das bedeutet auch:

- noch mehr Atomtransporte nicht nur in dieser Region
- noch mehr Hin- und Hergeschlebe von Atom Müll als bisher
- noch mehr Gefährdung der Bevölkerung durch Unfallrisiken und die Abgabe von Radioaktivität im "Normalbetrieb".

Auch dies ist ein Teil der Entsorgungslücke!

ATOMMAFIA GOES EAST

Daß es mit der Energieversorgung in der DDR nicht zum Besten stand und in der "Ex"-DDR steht, ist bekannt. Wer aber gedacht hatte, die "Wiedervereinigung" würde dort die Chance bieten, eine dezentrale, ökologisch orientierte Energieversorgung aufzubauen, mußte bald erkennen, daß dies nur Träumereien waren.

Am 22.08.90 haben sich die BRD-Energieversorgungsunternehmen (EVUs) durch den Stromvertrag die gesamte DDR-Energiewirtschaft für ein Trinkgeld unter'n Nagel gerissen: 2 Milliarden DM für die Energiewirtschaft eines ganzen Landes!!! RWE, Preussen-Elektra und Bayernwerke teilen sich jetzt 60 % des "Ex"-DDR Strommarktes, die anderen EVUs aus der BRD die restlichen 40 %.

Die Atommafia, der es in der BRD schon lange nicht mehr gelungen ist, neue Projekte durchzusetzen und sich hier mit einer Akzeptanzkrise konfrontiert sieht, verspricht sich viel von dieser Übernahme:

- Durch das Energieversorgungsmonopol lassen sich große Profite erwirtschaften. Der Aufbau einer anderen, dezentralen Energieversorgung ist praktisch ausgeschlossen. Ihre Macht ungebrochen.
- Sie hat die Absicht nicht nur Strom in die "Ex"-DDR zu liefern, sondern dort neue AKWs zu bauen. Pläne für einen kleinen 100 Megawatt-HTR (Hochtemperaturreaktor) existieren bereits.
- Durch das Endlager Morsleben kann ihre Entsorgungslücke weiterhin aufrechterhalten werden.
- Die Atommafia plant die Umrüstung von alten Atomreaktoren. Anhand von zwei Vorzeigeprojekten in Stendal und Greifswald will sie ihre ach so überlegene Technik und hohen Sicherheitsstandard (siehe Biblis, Würgassen, Brennelementefabrik Hanau ...) demonstrieren. Damit rechnen sie sich, allen voran Siemens/KWU, gute Chancen auf dem riesigen osteuropäischen Markt aus (bis zu 64 AKWs).
- Außerdem will die Atomindustrie wieder Boden gutmachen bei der Frage der Akzeptanz von Atomenergie. Wenn es der Atommafia gelingt, dort die alten AKWs wieder ans Netz zu bekommen und das Endlager Morsleben weiter zu betreiben, wird das Auswirkungen auf den Betrieb und Bau von Atomanlagen in Großdeutschland haben.

WIDERSTAND: WIR SCHLIEßEN DAS ENDLAGER!

Widerstand, das muß im Moment für uns heißen: Den Vormarsch der Atommafia stoppen - und zwar überall! Wir müssen die geplanten Endlager in Gorleben und Schacht Konrad verhindern!

In der Schachanlage Asse darf es zu keiner weiteren Einlagerung kommen!

Das Endlager Morsleben muß sofort geschlossen werden und anschließend saniert werden.

Widerstand, das heißt für uns auch Vielfalt statt Einfalt. Wir werden der neuen Offensive der Atommafia mit unsere Widerstandsformen begegnen, sei es auf juristischem Wege oder durch Demonstrationen und Aktionen direkt vor Ort. Die Demonstration am 09.03.91 soll ein Zeichen in diese Richtung setzen. Sie kann nur ein Anfang sein. Weitere Aktionen werden folgen und zeigen, daß wir ernst machen mit unseren Forderungen:

Sofortige Schließung und Sanierung des Endlagers Morsleben!

Keine Endlagerung von Atom Müll, ob in Morsleben, Gorleben, Schacht Konrad, Asse oder anderswo!

Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit!

Organisatorisch-technische Hinweise zur Demonstration

Beginn am 09. März um 13.00 Uhr Marktplatz Helmstedt

Ende ca. 17.00 Uhr am Schacht Morsleben

Helmstedt liegt an der Bahn-Hauptstrecke Hannover - Berlin, der Autobahn A2 und an der Bundesstraße 1. Diese führt auch nach Morsleben.

Bahn: Anreise

von Braunschweig

11.41 D

12.17 E

12.30 D

von Magdeburg

12.09 E

12.21 D

12.48 D

Abreise

nach Braunschweig

18.19 D

18.23 E

19.33 E

nach Magdeburg

18.13 D

19.15 D

Busse: BAB-Abfahrt Helmstedt. Dort und am westlichen Ortseingang der B1 werden Handzettel verteilt. Die TeilnehmerInnen steigen an der Schöninger Straße, ca 5 Min vom Marktplatz, aus. Die Busse fahren nach Morsleben weiter und warten dort.

PKWs: BAB-Abfahrt Helmstedt. Dort und an der B1 werden Handzettel verteilt. Den Hinweisschildern folgen. Parkplätze im Bahnhofsviertel und an der B1 Richtung Morsleben.

13.00 Uhr: Begrüßung und Einstimmung durch die BI-Morsleben. Auftaktrede: Neue Offensive der Atomindustrie (Rosemarie Polldack, BI Greifswald).

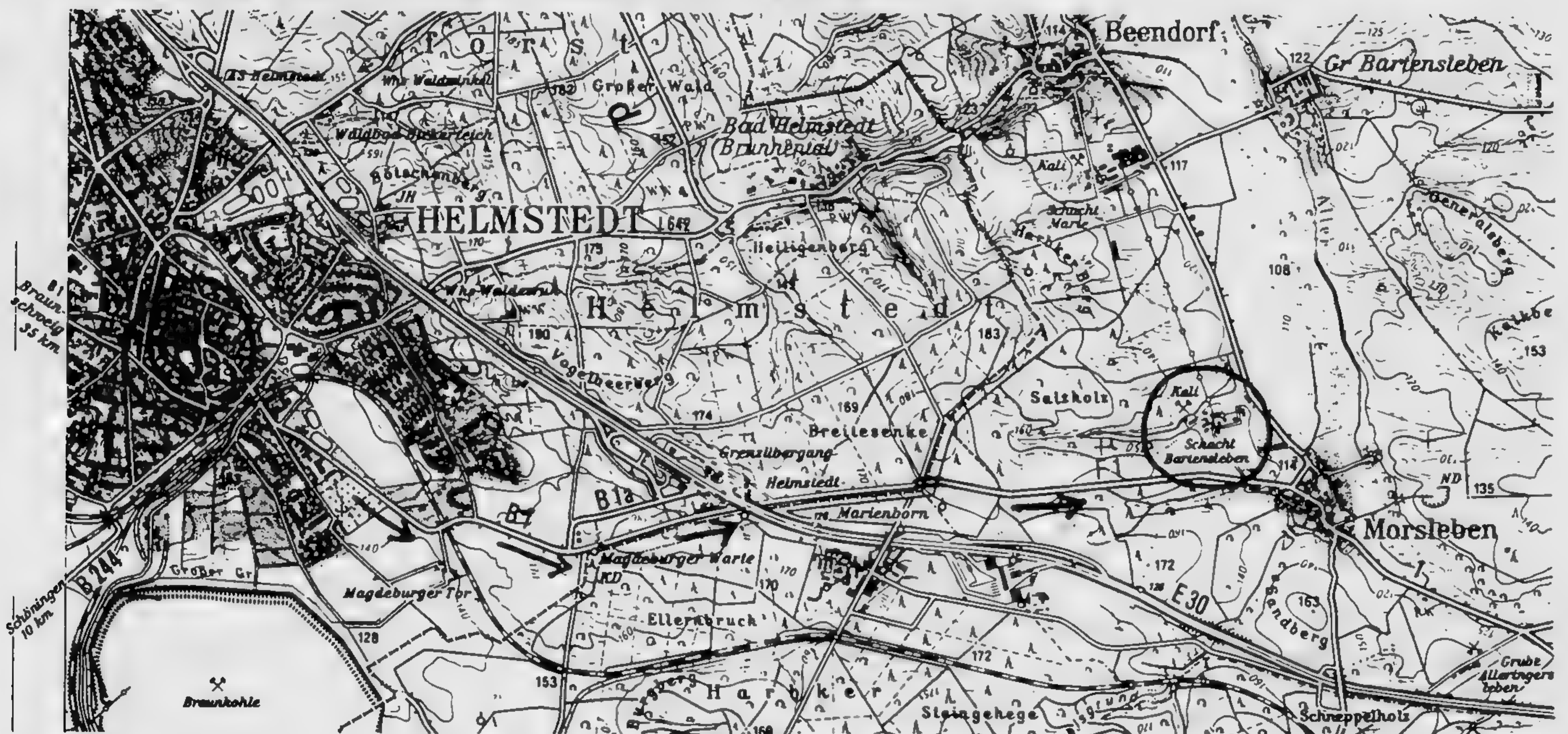
13.30 Uhr: Beginn des Demonstrationszuges nach Morsleben.

Vom Markt über Papenberg, Magdeburger Straße, die B1 nach Morsleben (ca. 6 km). Es geht vorbei an Tagebauen des Helmstedter Braunkohlereviers mit Sicht auf die Kraftwerke Buschhaus, Offleben und Harbke; über die ehemalige DDR/BRD Grenze zum Schacht (am Ortseingang Morsleben).

15.00 Uhr: Kundgebung vor dem Tor des Endlagers.

17.00 Uhr: Ende der Kundgebung. Rückfahrt mit den Bussen bzw. Pendelbussen zum Bahnhof bzw. zu den PKWs.

Wir empfehlen Gummistiefel mitzubringen. Es könnte sein, daß in Morsleben der befestigte Platz vor dem Schacht nicht ausreicht.



Unterzeichner des Demonstrationsaufrufes:

Aktion Atommüllfreie Asse Wolfenbüttel, AG Schacht Konrad, Initiative gegen das Atommüll-Endlager Morsleben, BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Robin Wood, Die GRÜNEN Kreis Haldensleben, Bremer BürgerInnen gegen Atomanlagen, Pax Christi Braunschweig, Jusos Bezirk Braunschweig, Die GRÜNEN-Bündnis 90 Bundesvorstand, Neues Forum Haldensleben, BBU, Darmstädter Initiative für die Abschaltung aller Atomanlagen, Die GRÜNEN Kreis Helmstedt, Kinder von Tschernobyl, Die GRÜNEN Landesverband Sachsen-Anhalt, AG Mensch + Umwelt Hainburg, Alternative Liga Lübeck, Arbeitskreis gegen Atomanlagen Dresden, Juso Unterbezirk Helmstedt, Kreisverband die GRÜNEN Braunschweig, IPPNW Braunschweig, BI gegen die WAA Schwandorf, GAL Hamburg, PDS-Linke Liste Kreis Braunschweig, Neues Forum Magdeburg, BI gegen Atomanlagen Marburg, GAL/GRÜNE Göttingen, BI Hirschau gegen Atomanlagen - für gesunde Umwelt, Die GRÜNEN Kreis Harburg, LBU, AG Alle Atomkraftwerke abschalten - Stade zuerst, GRÜNE Liga Dresden, Atomplenum Hannover, Anti WAA-Büro Schwandorf, GRÜNE Hochschulgruppe Göttingen, Umweltschutzforum Schacht Konrad Salzgitter, Klostersgut Heiningen, Landtagsfraktion GRÜNE Sachsen-Anhalt, Gießener Initiative gegen Atomanlagen, Institut für allgemeine + angewandte Ökologie Hardeggen, Die GRÜNEN Norderney, DKP-Göttingen, Umweltinitiative Müll/Recycling, GRÜNER Landesverband Bremen, Arbeitskreis Leben nach Tschernobyl, Die GRÜNEN Ratsfraktion Buchholz in der Nordheide.

AUFRUF DEMO 3.3.91

Am 17.2.91 mußte nach massiven Störungen der Polizei der antifaschistische Kiezspaziergang abgebrochen werden. Er endete in einer Jagd durch den Friedrichshain, 4 Personen wurden vorübergehend festgenommen. Deutsche Geschichte soll "abgewickelt" werden, Mahntafeln und Denkmäler verschwinden, Straßen ohne große Diskussion "rückbenannt" werden. Dazu brauchen unsere Herren Politiker Ruhe oder die sog. schweigende Mehrheit. Eine kritische Auseinandersetzung ist nicht erwünscht. Ein Spaziergang, der im Gegensatz dazu Geschichte öffentlich vermittelt, Diskussionen anregt, stört! Er soll weg!

Zum einen durch abschreckende Repression - massives Polizeiaufgebot, Festnahmen etc. - , zum anderen durch zunehmende Kriminalisierung. Diese Aktion reiht sich ein in zahlreiche Angriffe gegen Links in den letzten Monaten: Zerstörung des Antiquariates für DDR-Literatur und der Volküche in der Mainzerstr., Schnüffelaktionen gegen oppositionelle Parteien und Gruppen, Mietkündigungen wegen Antikriegstransparenten, Knüppelinsätze gegen AntikriegsdemonstrantInnen, Innensenator Heckelmann's neuer Erlaß gegen politisch aktive AusländerInnen...

Zeitgleich mit diesen Aktionen gegen uns, nehmen die faschistischen und rassistischen Angriffe - nicht nur hier in Fr'hain - stetig zu. Überfälle auf AusländerInnen am Straussberger Platz, Frankfurter Tor und in den U-Bahnen sind fast schon an der "Tagesordnung". Fast jedes Wochenende gibt es Angriffe auf besetzte Häuser. Angriffsziel sind alle, die anders aussehen, die in den Augen der Faschisten etwas für sie "zu Vernichtendes" verkörpern. Brandanschläge auf AusländerInnenwohnheime sind der Presse lediglich noch eine Randnotiz wert.

In einer solchen Situation, in der es für AusländerInnen immer gefährlicher, unerträglicher wird, hier zu leben, Verschärfung Berlins neuer Innensenator nun auch noch die sowieso schon restriktiven AusländerInnen-Gesetze durch einen neuen Maulkorbberlaß. Es wäre mehr als kurzfristig zu denken, dies sei eine kurzzeitige Aktion während des Golfkrieges. AusländerInnen sollen zum Schweigen gebracht werden, eine Organisation verunmöglicht werden...

Von einem CDU mitgeführten Senat, der schon mit Polemiken gegen das geplante "AusländerInnenwahlrecht" in den Wahlkampf zog, war kaum etwas anderes zu erwarten.

International, der Krieg am Golf, wo unter massiver deutscher Beteiligung die sog. "1. Welt" der "3. Welt" den "Hammer" zeigen will, eine neue Weltordnung errichtet werden und die Rohstoffquellen ohne Mitsprache des Trikontes gesichert werden sollen. Hierfür steht die deutsche Luftwaffe in Kurdistan, die Flotte im Mittelmeer und die Produktion deutscher Fir-

men und die Abgaben deutscher SteuerzahlerInnen für den Krieg. Es bringt uns nichts, uns angesichts dieser Situation in unsere Wohnungen und Häuser zurückzuziehen, uns den Protest auf der Straße nehmen zu lassen.

- alle deutsche Soldaten, die sich außerhalb des Landes befinden, müssen sofort zurückgezogen werden!
- keine Änderung des Grundgesetzes zur Ausweitung des Einsatzgebietes der Bundeswehr!
- keine Änderung des Grundgesetzes zur Abschaffung des Asylrechts!
- Abschaffung der AusländerInnengesetzes und des Heckelmann Erlaßes!
- Hände weg von antifaschistischen Mahntafeln, Denkmälern und Straßenschildern!
- kein "Abwicklung" deutscher Geschichte durch westdeutsche PolitikerInnen!

DIE VERNICHTUNG DES NAZISMUS MIT SEINEN WURZELN IST UNSERE LOSUNG, DER AUFBAU EINER NEUEN WELT DES FRIEDENS UND DER FREIHEIT IST UNSER ZIEL (Schwur von Buchenwald, 1945)

KOMMT ZUR ANTIFASCHISTISCHEN DEMO
3.3.1991, 15 Uhr Frankfurter Tor

VORBEREITUNGSTREFFEN:

Montag, 25.2.91 20 Uhr

Donnerstag, 28.2.91 19(!!!) Uhr

Vollversammlung am Freitag, den 1.3.91 20 Uhr

ORT: immer im CLUB BOXHAGENERSTR.98, Fr'hain, U-Bahn Samariterstr.

die Vorbereitungsgruppe

ÄNDERUNG!

Treffen für alle Neuköllner FrauenLesben gegen Anmache, Angriffe, Vergewaltigung,...

findet nur noch alle 2 Monate am 1. Sonntag im Monat um 13 Uhr statt!

Also das nächste Mal am 7. April!

In der Galerie OLGA BENARIO, Boddinstr.61, 1/44

Gemeinde nach besonderen Anliegen fragte, stand der Rechtsanwalt John Schurhardt auf und rief

laut: "Stoppt dieses Massaker! Hört mit dem Bombardement auf!" Während die etwa 60 anderen Kirchg

betr. STÖRFALL

wir begrüßen die aktion "störfall" auf das schärfste, mit der die "weissen westen" der verhandlungsstrategInnen der baumafia und der sozialdemokratie noch weißer gekleckst wurden. zu bedauern ist, daß nicht alle pigs gleichmäßig was abbekommen haben. so konnte z.b. bat-schulat (wohnungsbaugesellschaft friedrichshain), der uns in verhandlungen immer am dreistesten verarscht, in der presse so tun, als hätte er mit allem nichts zu tun.

o.k. war, daß AUCH mendiburu (bezirkbürgermeister) sein fett abgekriegt hat- schließlich vertritt er als spd-bürgermeister die politik der sozialdemokratie, auch wenn er als einzelner an wirkliche lösungen im system glaubt. m. kritisiert senat und wbf nicht offen, sondern vertritt die aggressive "berliner linie" (bisher 3 räumungen). die sozialdemokratie steht nun einmal nicht nur für innere befriedung, indem sie scheinbare lösungen politischer und sozialer probleme verspricht, obwohl wirkliche lösungen nur gegen das kapital möglich sind. damit sollen leute im kapitalistischen system wieder eine perspektive sehen.

sondern sie steht auch für den "äußeren" krieg im interesse des kapitals. es gibt keinen widerstand der spd gegen die bewilligung der kriegsgelder, gegen die stationierung von bundeswehreinheiten in kurdistan... und wie wirds bei der grundgesetzänderung ??!

so soll das "programm des sozialen friedens" (agnoli) gleichzeitig ein ruhiges hinterland für den jetzigen und kommende kriege bedeuten. in diesem zusammenhang verstanden wir die parole "keine verträge mit den völkermördern vom cdu/spd-senat" als politische initiative, dem sozialen frieden aufzukündigen. dies hätte genau an der eigenen situation angesetzt wer einen generalstreik gegen den krieg fordert, ohne seine/ihre möglichkeiten konsequent auszuschöpfen, wirkt jedenfalls ziemlich unglaubwürdig. leider wurde dies alles nie ernsthaft diskutiert!

wir wollen jetzt hier nicht auf die geschichte und die situation der jetzigen "vertragsverhandlungen" eingehen. daß diese verarschung sind, merken wohl die meisten.

(wir wollen vielmehr einen artikel aus der radi, der bereits in der bz von 12.12. abgedruckt war, in auszügen dokumentieren. hieraus wird klar ersichtlich, wie soziale befriedung funktioniert.)

in diesem zusammenhang noch eine frage: warum wird hier ausgerechnet mit den sozialstrategInnen aus kreuzberg, die mendiburu um hilfe gebeten hat. verhandelt ?

änger daraufhin das Lied "God bless America" anstimmten, liefen Polizisten herbei, stellten sich

BAKA durchforstet Mitwohnzentralen

Ende letzten Jahres ist das BKA bei mehreren Mitwohnzentralen in NRW und Niedersachsen aufgetaucht.

Grund für diesen Besuch ist eine Liste mit Namen und Personen-daten, die letztes Jahr bei 3 Menschen nach einer Schießerei mit den Bullen im holländisch/belgischen Grenzgebiet gefunden worden war.

Das BKA nimmt an, daß es sich dabei um Namen gestohlener oder gefälschter Pässe handelt und "Angehörige der IRA" unter diesen Namen in der BRD operieren.

Ende letzten Jahres tauchten Mitarbeiter des BKA mit dieser Liste bei Mitwohnzentralen in NRW und Niedersachsen auf.

Sie forderten einen Abgleich der auf der Liste befindlichen Namen und Daten mit den im Computer der Mitwohnzentralen gespeicherten Personen. Dies wurde ihnen wohl in allen Fällen gewährt.

Das BKA hoffte auf diese Weise Wohnorte, Bewegungsmuster oder sonstige Hinweise auf die "vermerkten Personen" zu bekommen.

Zumindest in Hannover waren sie in einem Fall fündig. Dort hatte jemand unter den aufgeführten Namen ein Zimmer bzw. eine Wohnung angemietet.

Vor mehreren Jahren ist ähnliches in Zusammenhang mit einer RAF - Fahndung in einer Großstadt in NRW gelaufen. Damals sind Mitfahrzentralen vom BKA heimgesucht worden. Die "alternativen MFG's" haben damals darüber die Klappe gehalten. Raus kam das Ganze, weil sich die einzige "bürgerliche MFG am Ort dagegen gewehrt hat.

Gerade durch ihre "alternative Struktur", das breite und vielschichtige Nutzerpotential und die fortlaufende Computerisierung sind Mitfahr- und Mitwohnzentralen ein wahres Informationseldorado für das BKA u. ä..

Ihr alternativer Anstrich sollte nicht davor täuschen, daß die o.g. "Zentralen" yuppiehafte, geldmachende und aufstrebende Betriebe sind, die ihre Existenz eher durch staatstreue sichern, als das sie sich dem Zugriff des Staates verweigern würden.

Deswegen veröffentlicht dies in euren Stadt- und Szenezeitungen. Macht Eure Mitwohn- und Mitfahrzentralen auf die Weitergabe von euren Daten ans BKA an.

Die wollen schön die Klappe halten und weiter ruhig ihre Kohle verdienen.

Das Ganze lief übrigens ohne richterlichen Durchsuchungsbeschluß und ohne Öffentlichkeit, vom BKA schön schleimig bis dezent drohend inzeniert.

Bleibt uns noch die kleine klammheimliche Freude die Liste hier zu veröffentlichen.

"To whom it may concerns"

Patrick M. Mackett

Mark Brentwood 15. 3. 67

Peter Michael Shaw 21. 2. 68

Francis James M. Chambers 13. 9. 54

John R. Edwards 17. 5. 68

Stephen David Jennings 3. 5. 55

David Bradbury

Stephan Paul Marshall 15. 10. 65

T. P. Holmes 12. 11. 57

Thomas Hughes 12. 2. 56

Robert William Spade 10.3. 60

Thomas John Prescott 19. 11. 65

Kieran James Murphy 11. 2. 63

Malachy Patton 14. 9. 53

Pamela Aun Shaul 21. 1. 65

Andrew Edward Thornton 1. 8. 60

Peter Jahn Watson 20. 9. 63

ANTIFA-CAFE-INFO



wo jeden 1 Sonntag im Monat Infoveranstaltungen und

Diskussionen stattfinden. Unsere Idee war einen Treff-

punkt zu schaffen, für Menschen, die an einer unab-

hängigen, politischen Arbeit interessiert sind.

Nachdem jetzt einige von uns ausgestiegen sind,

suchen wir Menschen die Lust haben das Cafe inhaltlich

mitzugestalten. Außerdem können auch weiterhin

Gruppen das Cafe als Veranstaltungsort nutzen.

aus diesem Grund findet am Sonntag den 3.3. um 14Uhr

ein offenes Cafeplenum in der Osloer Fabrik statt.

Bericht zur Verhaftung von Sven und den Hausdurchsuchungen am Morgen des 19.2.

Laut Bullenangaben wurde Sven Dienstag 2.10 Uhr vom MEK beim Vorbereiten einer Aktion mit drei Mollis und einem Pflasterstein am Nürnberger Einwohnermeldeamt festgenommen. Der wirkliche Verlauf der Verhaftung ist unklar, weil Sven bisher noch nichts dazu gesagt hat. Schon Tage vorher wurde unser Haus immer wieder observiert - das war uns bekannt. Um 4.30 Uhr stürmten dann zehn Bullen unsere Wohnung. Aus dem Schlaf gerissen, wurden Gabor (der zu Besuch war) und ich sofort getrennt. Gründe für unsere erklärte Verhaftung wurden nicht genannt. Mit Griffachter hinten haben die uns dann auf die Erlenstegener und mich auf die Rathauswache geschleppt. Zuvor konnte ich noch meinen Nachbarn rausklingeln, der dann bei der stundenlangen Hausdurchsuchung dablief. Die 6 Staatsschutztypen haben die ganze Wohnung vom Ofen bis unter die Fußbodenbretter zerlegt. Mitgenommen haben sie jede Menge Telefonnummern, Adressbücher, Tagebücher und andere Aufzeichnungen, einen Ordner mit Angehörigeninfos, Flugis usw., Schreibmaschine, Spiritus, Petroleum und so Zeug, eine Luft- und eine Gaspistole, einen Pflasterstein und Kracher. Ein Beschlagnahmebeschluss wurde nicht ausgehändigt. Auf der Wache wurde uns das erste Mal gesagt, daß ein Ermittlungsverfahren "wegen Beihilfe zu einem versuchten schweren Brandanschlag" gegen uns läuft. Um 12.30 Uhr kamen wir dann wieder raus, wußten aber noch gar nichts von Sven's Verhaftung - erst über die Rechtsanwältin erfuhren wir davon. Am Mittwoch wrde Sven dem Haftrichter vorgeführt und Haftbefehl "wegen versuchter schwerer Brandstiftung" erlassen - Sven hat keinerlei Aussagen gemacht. Außerdem wurde Besuchssperre erlassen.

Berichten der Bullenpressesprecher zufolge, laufen deren Ermittlungen auch im Zusammenhang mit den beiden Aktionen gegen das türkische Konsulat und der Aktion gegen das Einwohnermeldeamt in der Nacht vom 12.2 zum 13.2.. (Alle Aktionen liefen mit Molotovcocktails)

Am Donnerstag Abend lief eine spontane Solikundgebung mit ca. 40 Leuten vorm Knast. Sie war gut laut, mit vielen lieben Grüßen an Sven, Krachern und Leuchtraketen. Gefangene haben gewunken und zurückgerufen; bis dann die Knastsirenen losheulten und die Leute in Begleitung von Streifenwagen geschlossen zu einer Kneipe liefen. Am Samstag läuft eine Bündnisdemo gegen den Golfkrieg. Sie wird auch zum Knast gehen. Zeitgleich zu der Hausdurchsuchung hier lief noch eine in Kühlenfels, in dem Kaff, wo Gabor wohnt.

Wer Sven schreiben will:

Sven van Londen
c/o U-Haft
Bärenschanzstraße 68
8500 Nürnberg 80

Liebe und Kraft den Gefangenen !!!!!

Solidarität mit den politischen Gefangenen !

neben den Mann und forderten ihn auf, ruhig zu sein. Als Schuchardt nach einer halben Stunde erneut seine Stimme gegen den Krieg erhob, wurde er hinausgeführt, festgenommen und unter der Besch

SOLIFETE KINDERKINO

aus der Mainzer im Exil in der Niederbarnimstr. 23

Samstag, 2.3.91

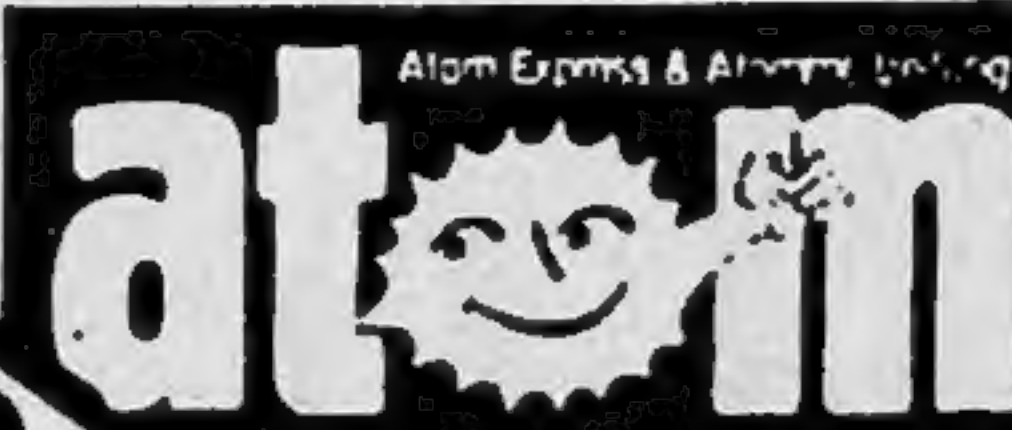
ab 21⁰⁰

im S.E.K.
Scharnweber Str. 28
Friedrichshain

☐-Samariter



Sonderausgabe zum Golf-Krieg



Das Golf Inferno

Weltkrieg für die
»Wohltaten der Freiheit«

Aus dem Inhalt

- ★ Chronik eines angekündigten Krieges:
Zur Geschichte des Golf-Konfliktes
- ★ Zwischen den Fronten:
Kurdische und palästinensische Befreiungsbewegungen
- ★ Husseins Diktatur:
Fakten und Interviews mit linken Oppositionellen
- ★ Jonny reitet wieder:
Die USA und ihre „neue Weltordnung“
- ★ Germans to the Front:
BRD: Vom „Pappsoldaten“ zum Weltpolizisten
- ★ Das verheimlichte Inferno:
Bomben gegen Zivilisten, auf AKW's und Chemiefabriken
- ★ Zur Diskussion:
Friedensbewegung: Kopflos? Antiamerikanisch? Antisemitisch?

Preis: DM 5,- (für Wiederverkäufer: 3,50 DM, ab 5 Ex.)

Bestelladresse:
atom, Postfach 1109
2120 Lüneburg

(Bei Einzelbestellungen nur gegen Vorkasse plus 1,- Porto)

uldigung ungebührlichen Verhaltens" in ein nahegelegenes Gefängnis gebracht. Das Ehepaar Bush, das nur etwa 7 Meter entfernt saß, reagierte mit steinernem Gesicht auf den Zwischenfall. +++

Sonntag 3.3.

Donnerstag 28.2. 1

21.00 -Made in Germany-
Video über BRD Rüstungsproduktion
Infoladen DANEKEN
Rigaerstr. 84 Berlin F'hain

Freitag 1.3.

13.00 Prozeßtermin w.g.
Frauenwiderstandstag
Turmstr. Raum 101
Ladies only
19.00 Veranstaltung mit Klaus Croissant
zur Notstandsgesetzgebung
Rote Kapelle

Samstag 2.3.

18.00 Veranstaltung zur Ausländer-
Innengesetzgebung mit
Rechtsanwälten
Rote Kapelle
21.00 Einstein - viele Steine
Video über Marchstraßen-Besetzung
und: Poll tax Video
Infoladen DANEKEN
Rigaerstr. 84 Berlin F'hain
21.00 Solifete Kinderkino
Klezdisco, Volkküche,
Tombola
Im S.E.K. Scharnweber 28
Berlin F'hain
22.00 Soli-Party für Werra Block
Besetzungen
in der SFE
(Wer geht denn noch in die SFE,
in der Glotze kommt Robert de Niro,
d. Säzzer)
23.00 Es war einmal in Amerika
ARD

14.00 Offenes Antifa-Cafe Plenum für
alle Interessierten in der
Fabrik Osloerstr. 12
16.00 Diskussion mit dem
Sozialarbeiter des Skinhead-
projektes in der Pfarrstr. und
BewohnerInnen anliegender
besetzter Häuser

18.00 Klezküche, anschließend
offenes Plenum
Rote Kapelle

Montag 4.3.

20.30 AK-Kraak - Monatsschau
Jan/Febr im
Syndikat Weisestr.56 1/44

Dienstag 5.3.

20.00 Info Veranstaltung, Widerstand
in den USA mit AktivistInnen der
Antikriegsbewegung u.a. im
SO 36

20.30 Dschihad-der heilige Krieg
Video BRD '91 und
AK- Kraak Video-
BesetzerInnenzeitung
KOB Potse 157

Mittwoch 6.3.

22.30 Dschihad-der heilige Krieg
Video BRD '91 und
AK- Kraak Video-
BesetzerInnenzeitung im
KOB Potse 157

Donnerstag 7.3.

16.30 Taxistas Treffen. Überlegungen
zu Aktionen gegen den Golfkrieg.
z.B. Möglichkeiten des Steuer-
boykotts im Taxigewerbe.

Kantine im Kerngehäuse
Cuvrystr. 20
20.30 Dschihad-der heilige Krieg
Video BRD '91 und
AK- Kraak Video-

BesetzerInnenzeitung im
KOB Potse 157

21.00 -Briefe eines Toten-
Sowjet. Spielfilm
Infoladen DANEKEN
Rigaerstr. 84 Berlin F'hain

Ständiges

Samstags 15.00-19.00

FrauenLesben Cafe' im Wedding
Rat und Tat Laden
Liebenwalderstr. 16

Täglich

ständiger runder Golfkriegtisch (?)
Ab 15.00 im Stadtteilcafe' am Kotti

Info-Telephon Delmenhorst 04221/17815

Don. 28.2. 20.30 Podiumsdiskussion: Fundamentalismus ist ein Wort aus
Europa mit Mitglied der irakischen Opposition, Jacques
Naoum (Journalist), Faryad Fazil Omar (kurdischer Dichter),
Mohamad Ramadan (arabischer Dichter)
im SO 36, Oranienstr. 190

Fr. 1.3. 19.00 Treffen zur Situation der Marchstr. im Info-Laden in der
Kreuziger Str. 18 Friedrichshain

Sa. 2.3. 10.00 Kundgebung und Demo vor dem Türkischen Konsulat am Kudamm
18.00 Antifa Disco in Marzahn in der Franz Stenzer Str. 39

So. 3.3. 20.00 Frauenfilmreihe im KOB "Wie andere Neger auch", Potse 157
20.00 Treffen für Mobilisierungswillige für Telephonrechnungsboykott
im Blauen Salon, Mehringhof

Di. 5.3. 19.30 Info und Diskussionsveranstaltung zum "Ausländergesetz"
in der Schokofabrik, Mariannestr.6, 1/36 nur für Frauen
20.00 Frauenfilmreihe "Wie andere Neger auch" Regenbogenkino,
Lausitzerstr.

Mi. 6.3. 20.00 Frauenfilmreihe "auf dem 2. Blick" im EX

Fr. 8.3. Fete in der Nostizstr. 49, 1/61 "2Jahre Nosti, ein Grund zu Feiern?"

Sa. 9.3.

12.00

PRIM

auswärts
2,50 DM

lin-Info

2 DM



28. Februar 1991